

Redaktion und Verlag:  
Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: 07 Umst. Donhoff 292 bis 297  
Telegrammbezeichnung: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts..... 15 Pf.  
Anzeigenbedingungen und Anzeigerpreise  
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

## Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Präsidentenwahl im Reichstag

Paul Löbe zum Vizepräsidenten gewählt — Vertagung auf Mittwoch

# Kampfbeginn

Sozialdemokratie gegen Schleicher  
KPD. gegen sozialdemokratische  
Opposition

Der Reichstag bestimmte gestern nach seiner Eröffnung alsbald das Präsidium, und zwar wurden gewählt:

- Göring (Natsj.), Präsident
- Egger (Z.), 1. Vizepräsident
- Rauch (Bayer. Vp.), 2. Vizepräsident
- Löbe (Soj.), 3. Vizepräsident.

Die Wahl des zweiten und dritten Vizepräsidenten konnte erst in Stichwahlen entschieden werden. Dabei stimmten die Kommunisten regelmäßig für ihre Sonderkandidaten, so daß Rauch gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten, ja sogar gegen die seiner eigenen Partei von den Nationalsozialisten und Deutschnationalen gewählt werden konnte. Bei der Abstimmung über den dritten Vizepräsidenten kam als Kandidat der Nationalsozialisten der Volksparteiliche Syndikus Dr. Hugo mit unserem Genossen Löbe in Stichwahl. Bei der Auszählung wurden für jeden von ihnen 205 Stimmen festgestellt. Darauf zog der amtierende Vizepräsident Egger das Los, das zugunsten Hugos entschied.

Das war jedoch ein Fehler, wie sich bald herausstellte. Die amtliche Nachprüfung ergab nämlich, daß für Löbe 205, für Dr. Hugo 204 Stimmen abgegeben worden sind. Die Entscheidung durch das Los zugunsten von Hugo ist demnach ungültig und Abgeordneter

Löbe ist als Vizepräsident des Reichstags gewählt.

Nach der Wahl des Präsidiums fand eine längere Geschäftsordnungsausprache über die Festlegung der Tagesordnung für die Mittwochssitzung des Reichstags statt. Ein kommunistischer Antrag, die Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung auf die Tagesordnung zu setzen, wurde gegen die Antragsteller abgelehnt. Auch ein sozialdemokratischer Antrag, die Entgegennahme einer Regierungserklärung nebst Mißtrauensanträgen auf die morgige Tagesordnung zu setzen, wurde abgelehnt, und zwar gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten.

Der Reichstag wird sich am Mittwoch daher nur mit den Gesetzentwürfen über die Stellvertretung des Reichspräsidenten und die Änderung des sozialpolitischen Teils der Notverordnung vom 4. September, ferner mit Anträgen zur Amnestie, Arbeitsbeschaffung und Winterhilfe beschäftigen.

(Ausführlicher Bericht an anderer Stelle des Blattes.)

## Vertagung bis Januar? Besprechung im Ältestenrat

In der Sitzung des Ältestenrats des Reichstags, die nach Schluß der Plenarsitzung stattfand, wurde der Eindruck, daß die Ver-

ständigung zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten zur Rettung der Regierung Schleicher und zur Vermeidung der Auflösung des Reichstags perfekt ist, bestätigt. Es ist damit zu rechnen, daß der Reichstag gemäß den Wünschen der Regierung am Freitag mindestens bis zum Januar vertagt wird. Reichstagspräsident Göring warf sogar die Frage auf, ob die Verhandlungen nicht so beschleunigt werden könnten, daß die Vertagung am Freitag so zeitig erfolge, daß die Abgeordneten noch die Nachmittagszüge zur Heimreise benutzen können!

Die Gesetzentwürfe über Amnestie sollen möglichst ohne Ausschußberatung bis zum Freitag erledigt werden. Die Regierung ließ durch Staatssekretär Brand mitteilen, daß auch sie die Absicht habe, positive Vorschläge zur Amnestie und zur Winterhilfe zu machen. Dabei wies Abg. Löbe darauf hin, daß die Erfüllung dieser Zusagen kaum möglich sei, wenn die von den Mehrheitsparteien beabsichtigte Vertagung eintrete. Die Amnestie sowie die Winterhilfe und die Aufhebung der Notverordnungen müßten sofort erledigt werden, wenn man nicht bitteres Unrecht und große Enttäuschung schaffen wolle.

Den Vorsitz in den Ausschüssen stellen folgende Parteien: Sozialdemokraten: Leberwahrungsausschuß, Steuerauschuß, Volkswirtschaftlicher Ausschuß, Nationalsozialisten: Auswärtiger Ausschuß und Geschäftsordnungsausschuß, Kommunisten: Haushaltsausschuß, Zentrum: Sozialer Ausschuß, Deutschnationalen: Handelspolitischen Ausschuß.

# Kampf gegen die Not!

Weitere Forderungen der Sozialdemokratie

Am Dienstag hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion noch eine Reihe von Anträgen und Initiativgesetzentwürfen ausgearbeitet und sofort im Reichstag eingebracht.

Zunächst wird die Außerkräftsetzung der Notverordnung vom 14. Juni 1932 über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden, der Notverordnung vom 4. September zur Behebung der Wirtschaft und der Notverordnung vom 5. September zur Vermehrung der Arbeitsbeschaffung verlangt. Für den Fall der Ablehnung dieser Anträge sind Eo-Acto-Anträge eingebracht worden, wenigstens einige Teile dieser Notverordnungen aufzuheben.

Weiter wird ein Initiativgesetz über Erhöhung der Sozialleistungen beantragt. Dieser Entwurf sieht vor, daß die Arbeitslosenunterstützungen, die Kranken- und Wohlfahrtsunterstützungen, die Sozialrenten und die Kriegsvorforgung auf den Stand vor der Notverordnung vom 14. Juni gebracht werden sollen. Die dazu notwendigen Mittel soll das Reich den Gemeinden überweisen, und zwar aus neuen Kopfsteuern und Monopolen.

In einem anderen Initiativgesetzentwurf über eine Winterhilfe für die notleidende Bevölkerung wird die unentgeltliche Abgabe von Brot und Kohle sowie die verbilligte Abgabe von Fleisch an Empfänger von öffentlichen Unterstützungen und Renten verlangt.

Die Mittel für die Brotverteilung soll das Reich den Gemeinden aus den Mehreträgen der Teerhölzwerke bei Aufhebung des Beimischungszwangs überweisen. Die Mittel für die Kohlenbelieferung aus der Feuerhebung der Ausgichtsabgabe für Mineralöle, die Mittel für die Fleischverbilligung aus dem Marktstützungsfonds des Reichsernährungsministeriums.

Schließlich hat die sozialdemokratische Fraktion

noch einen umfangreichen Initiativgesetzentwurf über planmäßige Arbeitsbeschaffung (samt Finanzierungsmaßnahmen ausgearbeitet, der auch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Gemeinden vorliegt.

## Staatsrat gegen Landtag

Reichsverfassung  
gilt auch für Preußen

Der preussische Staatsrat hielt am Dienstag eine Vollsitzung ab, vorausichtlich die letzte in diesem Jahr. Er beschloß mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten, gegen ein vom Landtag beschlossenes Gesetz Einspruch zu erheben, das auf Grund eines kommunistischen Antrags Enteignungsmaßnahmen zugunsten der Erbpächter der Große Fejn-Gesellschaft (Moorland in Ostfriesland) forderte.

Der Berichterstatter des Verfassungsanschlusses Dr. Caspari (Arb.-Gem.) hatte erklärt, daß das Gesetz, das im Landtag mit den Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen worden sei, gegen die Reichsverfassung verstoße, weil es eine Enteignung ohne Entschädigung vorsehe. Wenn der Landtag aus Versehen oder aus Unkenntnis der Dinge ein solches Gesetz beschließe, sei es die Aufgabe des Staatsrats, der Reichsverfassung auch in Preußen Geltung zu verschaffen. Man dürfe der Staatsregierung nicht zumuten, ein derartiges, gegen die Reichsverfassung verstoßendes Gesetz in der Gesetzsammlung zu veröffentlichen. Im übrigen sei auch nicht einzusehen, warum ausgerechnet für eine bestimmte Anzahl von Pächtern gesetzliche Ausnahmezustände geschaffen werden sollten, während

die große Masse der übrigen Pacht Schuldner ihre Verpflichtungen nach wie vor erfüllen müßten. Die kommunistische Fraktion hatte entgegen diesen Ausführungen beantragt, der Staatsrat möge keinen Einspruch erheben.

Der Reichsrat hält am Donnerstagabend wiederum eine Vollsitzung ab, um sich mit einer Reihe von Vorlagen zu befassen, die ihm schon seit längerer Zeit vorliegen, aber bisher nicht verabschiedet werden konnten, weil in der Konfliktzeit Preußen im Reichsrat nicht vertreten war und in dieser Zeit nur die allernotwendigsten Entwürfe behandelt werden sollten.

## Maschinengewehre Nazis stehlen und verschieben

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Liegnitz, 7. Dezember.

Das Liegnitzer Sondergericht, das sich durch seine Urteile gegen Linksstehende einen besonderen Namen geschaffen hat, hatte sich mit Diebstählen und Verschiebungen von Maschinengewehren durch Nazis zu befassen. Auf der Anklagebank saßen sieben SA-Leute, meist aus Liegnitz. Während der ganzen Verhandlung wurde die Öffentlichkeit einschließlich Presse wegen angeblicher „Verletzung der Staatsicherheit“ ausgeschlossen.

Das Urteil wurde abends verkündet. Der Hauptangeklagte, der Bauführer Walter Raciowski, wurde wegen schweren Diebstahls und Besitzes eines Waffentragers zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt, der Maschinenhelfer Walter Rerlich wegen Begünstigung zu 6 Monaten Gefängnis. Im übrigen erhielten wegen Begünstigung ein SA-Mann drei Monate Gefängnis, zwei SA-Leute je einen Monat Gefängnis, einer eine Woche Gefängnis und einer wegen Begünstigung und Besitzes von Schusswaffen einen Monat Gefängnis. Auch die Urteilsbegründung war nicht öffentlich.

In Deutschland war es früher nicht üblich, daß der Alterspräsident bei Eröffnung des Parlaments eine lange politische Rede hält. Diese französische Sitte wurde erst von Clara Zetkin für den Reichstag übernommen, und gestern ist der nationalsozialistische General Litzmann dem Beispiel der Bolschewistin gefolgt. Er hat die Gelegenheit benutzt, einen Streit mit Hindenburg darüber anzufangen, wer von ihnen beiden der eigentliche Sieger im Weltkrieg gewesen sei. Daß Deutschland diesen Krieg verloren hat, das hatte der alte Herr offenbar total vergessen.

Gegen den General v. Schleicher jagte Litzmann nichts. Es hätte ihm auch schlecht angestanden. Schleicher ist der Mann, der das SA-Verbot wieder aufgehoben hat. Schleicher ist der Mann des 20. Juli, und es ist selbstverständlich, daß dieser Mann seine Mehrheit nur rechts, nur mit den Nationalsozialisten suchen kann. Der erste Augenschein spricht dafür, daß er sie dort schon gefunden hat.

Für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist ebenso selbstverständlich die Opposition das Gegebene. Vielleicht gibt es da und dort Illusionisten, die geglaubt haben, die Kommunisten würden die oppositionelle Haltung der Sozialdemokratie begrüßen und den Kampf gegen die Reaktion in einer Front mit ihr führen. Solche Illusionisten müssen vom Verlauf der gestrigen Sitzung gründlich enttäuscht sein. Denn von Anfang bis zu Ende dieser Sitzung wußten die Kommunisten nichts anderes zu tun, als sinnlose Streitereien mit den Sozialdemokraten vom Zaun zu brechen. Unter tollen Schimpereien gegen sie verkündete Kädel die Absicht, bei einer etwaigen Stichwahl im Kampf um den Präsidentenposten würden die Kommunisten für Löbe stimmen.

Aber zur Stichwahl kam es nicht und Göring wurde wiedergewählt. Seine Rede war zu aller Überraschung ein so löblicher Lobgesang auf die parlamentarische Demokratie, daß sich nachher allgemein die Frage erhob, ob man es mit einem Neubelehren oder nur mit einem guten Schauspieler zu tun habe. Auf alle Fälle ist die Fähigkeit Görings, sich „dem System“ anzupassen, erstaunlich groß.

Der Zentrumsmann Egger wurde glatt zum ersten Vize gewählt. Danach nahm die Sozialdemokratie den Kampf für Löbe wieder auf. Aber siehe da! Jetzt, wo ihre Stimmen ausgereicht hätten, Löbes Sieg zu sichern, hielten die Kommunisten plötzlich ab. Sie ließen, indem sie ungültige Zettel abgaben, den Bayern Rauch über Löbe siegen, und beinahe hätten sie durch die gleiche Haltung den Schwerindustriellen-Syndikus Hugo zum dritten Vizepräsidenten gemacht. Es ist nicht ihr Verdienst, daß Löbe schließlich doch mit einer Stimme Mehrheit siegte.

Nach Erledigung der Präsidentenwahl beschloß das Haus in einer Abstimmung die Haftentlassung von drei kommunistischen und zwei nationalsozialistischen Abgeordneten. Die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme, nachdem sie zuvor erklärt hatten, daß sie zwar die wegen „literarischen Hochverrats“ verurteilten Kommunisten, nicht aber die faschistischen Bomben- und Revolverhelden zu befreien bereit seien.

Als auch dies erledigt war, beantragte Löbe, entgegen den Wünschen Schleichers,

# Hoovers Kongreßbotschaft

## Zahlungsaufschub abgelehnt — Zugeständnisse angedeutet

Washington, 6. Dezember.

In beiden Häusern des Kongresses wurde heute die Jahresbotschaft des Präsidenten Hoover gelesen. Hoover fordert darin als Programm der gegenwärtigen Kongressperiode eine weitere Herabsetzung aller Bundesausgaben, eine Reform des Privatbankensystems und eine enge Zusammenarbeit mit dem Ausland in Wirtschaftsfragen.

Der Präsident lehnt den Wunsch der alliierten Schuldner nach Aufschub der am 15. Dezember fälligen Kriegsschuldenszahlungen mit der Begründung ab, daß Vertrauen und Freundschaft nur dann erhalten werden könnten, wenn man Verträge getreulich erfüllt, bis sie durch ein gegenseitiges Abkommen geändert seien und eine für beide Teile gleichzeitige Lösung gefunden sei.

Weiter teilt Hoover mit, daß die Verhandlungen mit den alliierten Regierungen noch andauern; er werde dem Kongress eine ergänzende Botschaft übermitteln, sobald diese Verhandlungen abgeschlossen seien. In der Botschaft wird angedeutet, daß Hoover für diejenigen Staaten, bei welchen Transferenschwierigkeiten bestehen, Maßnahmen zur Behebung dieser Hindernisse vorzuschlagen gedenkt.

Von der Weltwirtschaftskonferenz erhofft Hoover eine Besserung der Warenpreise, der Beschäftigung und des Geschäfts im allgemeinen.

und zwar insbesondere durch Stabilisierung der Währungen und Abbau der Handelsbarrieren.

Zur Ausgleichung des Budgets schlägt Hoover eine beim Fabrikanten zu erhebende allgemeine Verkaufssteuer vor, von der nur Nahrungsmittel und vielleicht bestimmte Arten von Kleidungsstücken befreit sein sollen. Ferner wird eine Herabsetzung aller 1000 Dollar übersteigenden Gehälter bei den Bundesbehörden um 11 Proz. oder, den Zwangsausgleich eingerechnet, um insgesamt durchschnittlich 14,8 Proz. empfohlen.

Wie bereits erwähnt, handelt es sich bei dieser Tagung noch um den alten Kongress mit republikanischer Hoover-Mehrheit. Der neue Kongress wird erst am 4. März 1933 zusammen mit dem Amtsantritt Roosevelts in Funktion treten.

### Sozialisten gegen Schuldzahlung

Eigener Bericht des „Vormärts“

Paris, 6. Dezember.

Der sozialistische Abgeordnete Vincent-Auriol hat der Kammer eine Entschließung über die Schuldenfrage vorgelegt, die sich wie die Entschließungen Marins und Hesse-Bernot gegen die Bezahlung der am 15. Dezember fälligen Schuldenrate an Amerika wendet und in der die Kammer aufgefordert wird, die Regierung dringend um die Einberufung der Weltwirtschafts-

konferenz zu ersuchen. Bisher soll die Regierung den Vereinigten Staaten mit den anderen Schuldneren ein ähnliches Moratorium vorschlagen, wie es die Vereinigten Staaten im vorigen Jahre angeregt oder wie es die Gläubigerstaaten Deutschlands ihm gewährt haben. Falls die Vereinigten Staaten dieses Moratorium ablehnen, soll die Regierung der amerikanischen Regierung vorschlagen, den Streitfall einem Sachverständigenausschuss oder einer allgemeinen Gläubiger- und Schuldnerkonferenz zu unterbreiten.

### Hungerdemonstration abgeriegelt

Washington, 6. Dezember.

Die etwa 3000 „Hungerdemonstranten“, die seit Sonntag bei Washington auf freiem Felde kampieren, veranstalteten heute unter Bewachung durch 1700 Schutzeinheiten ihren Umzug um das Kapitol. Sie wurden jedoch weder auf dem Vorplatz noch in die Nähe des Weißen Hauses gelassen. Nachdem zwei Delegierte ein Gesuch um 50 Dollar Barunterstützung an jeden Arbeitslosen in Amerika dem Vizepräsidenten Curtis überreicht hatten, marschierten sie zum Lager zurück. Im Laufe der Nacht werden sie die ungesättigte Stätte verlassen, wo sie weder Nahrung noch geschützte Unterkunft fanden. Die Erlaubnis zu der heutigen Kundgebung wurde nur gegen das Versprechen erteilt, daß sie alsbald aus der Bundeshauptstadt abziehen würden.

## In Ostsibirien interniert

### Chinesenflucht aus Mandschurien

Die starken japanischen Angriffe auf die chinesischen „Freischützer“, darunter ein Bomben-Angriff auf das chinesische Hauptquartier, haben die chinesische Führung zur Flucht auf Sowjetgebiet veranlaßt, wo die Chinesen interniert wurden. Die Sowjetregierung meldet aus der ostsibirischen Hauptstadt Irkutsk:

Von der Station Mandschuria (chinesisch: Mandchuria) aus begann die Flucht der chinesischen Armee des Generals Supingwen auf Sowjetgebiet. Der chinesische Kommandant von Mandchuria erschien bei dem russischen Stationsvorstand und forderte die Ausrüstung von Sägen nach dem Sowjetgebiet. Da sich der Stationsvorstand weigerte, erklärte der Kommandant, daß er Sägen mit Waffengewalt abfordern werde.

Chinesische Soldaten zertraten unter dem Kommando von Offizieren die Schienen der Weichen und landeten Sägen ohne Beobachtung irgendwelcher Eisenbahnvorschriften ab.

Unter den Flüchtenden sind auch Zivilbeamte mit ihren Familien. Auf diese Weise schlugen sich einzelne Truppenteile des Generals Supingwen nach dem Sowjetgebiet durch, während ein Teil der Flüchtlinge zu Fuß dorthin gelangte. Sämtliche geflüchteten chinesischen Soldaten und Offiziere,

insgesamt etwa 1000 Mann, wurden entwaffnet und interniert.

Ein ergänzender Bericht aus gleicher Quelle sagt:

In der Nacht zum 5. Dezember brach von der Station Mandschuria aus ein aus 43 Wagen bestehender Zug auf russisches Gebiet durch; er wurde von Truppen des Sowjetgrenzschutzes angehalten. Bei der Untersuchung wurde festgestellt, daß sich im Zuge u. a. General Supingwen mit seinem ganzen Stabe befand. Der General und seine Offiziere wurden entwaffnet und interniert. Die flüchtenden chinesischen Truppen führten von Mandschuria aus drei

Waggons mit japanischen Kanonieren und chinesischen Angestellten des Staates Mandchuria mit sich, die auf dem von General Supingwen befehligten Gebiet der Mandchuria lebten.

Die Japaner und die chinesischen Angestellten der Mandchuria wurden nach der Station Rajewskaja gebracht, um je nach Wunsch nach der Mandchurei oder nach Japan weiterzufahren. Der Vorsitzende der japanischen Kommission der Station Rajewskaja, Damatsubara, hat sich mit Erlaubnis der Behörden nach der Station Mandchuria begeben.

Ferner teilt die deutschnationale Reichstagsfraktion mit, daß ihr sowohl von maßgebender Seite des Zentrums als auch der Deutschen Volkspartei vor der Sitzung erklärt worden war, für Herrn Graef als Vizepräsident stimmen zu wollen.

## Harzburgerei

### Deutschnationale gegen Göring

Zu dem Verkauf der Wahl des Reichstagspräsidenten teilt die deutschnationale Reichstagsfraktion mit:

Die vorliegende Reichstagsperiode hat die Ungeeignetheit des Herrn Göring als Reichstagspräsidenten erwiesen. Trotzdem hätte die deutschnationale Fraktion der Wahl des von der stärksten Fraktion des Reichstages vorgeschlagenen Kandidaten zugestimmt, wenn die Nationalsozialisten ihrerseits die Gewähr gegeben hätten, daß sie den von der deutschnationalen Fraktion vorgeschlagenen langjährigen und verdienstvollen Vizepräsidenten Graef wiederum wählen würden.

Dies Gewähr zu geben, haben die Vertreter der nationalsozialistischen Fraktion ausdrücklich abgelehnt. Der Fraktionsvorsitzende Dr. Frick hat vor Beginn der Reichstagsperiode dem deutschnationalen Fraktionsvorsitzenden Dr. Obersohn erklärt, es läge ein Beschluß der nationalsozialistischen Fraktion vor, Herrn Graef nicht zu wählen. Er stellte in diesem Zusammenhang die Zumutung, daß die Deutschnationalen einen anderen Kandidaten vorschlagen sollten.

Diese Zumutung wurde selbstverständlich zurückgewiesen. Daraufhin stellte Dr. Frick eine erneute Benachrichtigung in Aussicht. Diese Benachrichtigung erfolgte kurz vor dem Wahlvorgang und betrug, daß wahrscheinlich ein Teil der Nationalsozialisten für Graef stimmen werde. Jemandem Gewähr wurde ausdrücklich abgelehnt. Die deutschnationalen Fraktion stimmte nunmehr geschlossen für Herrn Graef.

Dadurch, daß die Nationalsozialisten bei der Vizepräsidentenwahl anstelle des Herrn Graef die Kandidatur des Volksparteilers Dr. Hugo Aufhäuser, kam der Sozialdemokrat Löbe in die Stichwahl und wurde dann mit Hilfe des Zentrums mit einer Stimme Mehrheit gewählt.

## Rein Fortschritt in Genf

### Macdonald und Herriot abgereist

Eigener Bericht des „Vormärts“

Genf, 6. Dezember.

Die Verhandlungen der fünf Großmächte über die Abrüstungs- und Gleichberechtigungsfraße haben am Dienstag ebenfalls zu keinem Ergebnis geführt. Sie werden am Mittwochvormittag ohne Herriot und Macdonald fortgesetzt. Herriot will am Freitag oder Sonnabend wieder nach Genf zurückkehren. Macdonald, der am Dienstag ebenfalls nach Paris gereist ist, beabsichtigt am Freitag nach Genf zurückzukehren. Reichsaussenminister von Neurath bleibt wahrscheinlich bis zum Abschluß der Verhandlungen in Genf.

## Raufbolde

Eigener Bericht des „Vormärts“

Hulsum, 6. Dezember.

Im Anschluß an eine öffentliche Sprechstunde der Arbeiterwohlfahrt in Siernsburg, zu der sich etwa 150 ländliche Arbeiterinnen und Arbeiter eingefunden hatten, überfiel eine Raziabande den sozialdemokratischen Parteisekretär Döitz und brachte ihm schwere Wunden an der rechten Schläfe bei. Der Haupttäter konnte festgestellt werden.

## „Schmierenspathos“

### Wie man bei

### Hugenberg ernste Dinge behandelt

Tatbestand: Vor fast genau einem Jahr wurde Ernst Reins, der Mörder des Geldbriefträgers Schwan, zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde bald darauf rechtskräftig. Seitdem wartet der Verurteilte vergeblich auf eine Entscheidung darüber, ob er hingerichtet oder zu lebenslanglichem Zuchthaus begnadigt wird. Diese Entscheidung erfolgt nicht, weil am 21. Juli der bekannte Streich gegen Preußen geführt wurde, und seitdem Streit herrscht, ob der Reichskommissar oder die Regierung im Besitz des Begnadigungsrechts sei.

Es gibt Blätter, zu denen auch wir zählen, die das nicht in der Ordnung finden. Wir meinen, daß eine solche Tortur, selbst vom Standpunkt der Anhänger der Todesstrafe aus, nicht zu billigen ist.

Wie spiegelt sich nun eine solche, für jeden anständigen Menschen tiefste Angelegenheit im Hirn eines jungen Mannes aus der Firma Hugenberg? Die „Nachtausgabe“ veröffentlicht einen Schimpfartikel mit der Überschrift: „Verlogene Sentimentalitäten um den Mörder Reins“. Wir zitieren daraus:

Die eigentliche Vernebelung der Öffentlichkeit versucht eine gewisse Presse, die mit Menschlichkeitsmotive und Talmibeileid mit Komödienmäßen und Schmierenspathos unabhässig bemüht ist, den Raubmord des Verbrechers Reins als unüberlegte Tat eines Jugendlichen zu glorifizieren! Man macht sich kein Gewissen daraus, man fühlt sich durchaus nicht belastet, diesen geborenen Berufsverbrecher in die Gefilde des Begnadigungsschmiegels zu dirigieren.

Denn: Der junge Herr Reins hat so Angstzustände in seiner Zelle, ihn bannt, daß es ihm ähnlich ergehen könne wie seinem Opfer, daß seine Mordtat mit gleichen Mitteln gesühnt werde. Mit einer billigen Sentimentalität wagt man den Versuch, Behörden und Öffentlichkeit im Falle Reins zu verwirren.

Es dürfte schwierig sein, über einen Sachverhalt gemeiner und verlogener zu berichten, als dies im „Tag“ geschieht. Zunächst stellen wir folgendes fest, was der Hugenberg-Mann seinem Publikum verschweigt: Für die Begnadigung des Reins hat sich nicht etwa nur ein Teil der Presse eingesetzt, sondern für sie haben sich ausgesprochen der Beauftragte für Genesenen und auch der Vorsitzende des Gerichts, das Reins zum Tode verurteilt hat! Diese richterlichen Beamten haben also auch aus „Talmibeileid“ „Komödienmäßen“ „Schmierenspathos“ und zur „Mortifizierung der Mordtat“ ihr Votum für Reins abgegeben.

Die zynischen Bemerkungen, mit denen das Nachtpapier Hugenbergs über die Qualen des Verurteilten hinweggeht, wobei es wiederum das Entschuldigende, nämlich die ins Ungeheure verlängerte Wartezeit, seinen Lesern unter schlägt, wird selbst bei den ernsthaften Anhängern der Todesstrafe Bestürzung hervorrufen. Schlimmer als durch solche Rohheitsausbrüche kann ihre Sache nicht diskreditiert werden!

Für den Schreiber selber — sein Name ist Otto Baust — eine angebrachte Warnung: Schon mancher, der nach unbormberiger Strenge (gegen andere) gefahren hat, kam sehr bald in die Lage, für sich selber um Mitleid und menschliches Verständnis betteln zu müssen. Das ist besonders häufig bei Menschen der Fall gewesen, die sich an den Qualen anderer gefühllos weideten.

die Abgabe einer Regierungserklärung nebst den dazugehörigen Mißtrauensanträgen schon auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen. Das war die schärfste Kriegserklärung gegen die neue Regierung, die man sich denken kann. Was taten die Kommunisten? Stimmt sie dieser Kriegserklärung zu? Ach nein, um die Sozialdemokratie zu übertrumpfen, beantragte Torgler Abstimmung über die Mißtrauensanträge ohne Regierungserklärung und ohne Debatte. Löbe und Breitscheid erklärten aber den Entlarver so gründlich, daß er sich arg zerkaut zurückziehen mußte.

Die Abstimmung zeigte, daß auch dieser Streit, den die Kommunisten vom Zaun gebrochen hatten, ganz sinnlos war, denn die ganze bürgerliche Mehrheit von Esser bis Frick lehnte den sozialdemokratischen Antrag ebenso ab wie den kommunistischen. So trat in einer Frage der Tagesordnung zum erstenmal die einzige Mehrheit in Erscheinung, die in diesem Reichstag Regierungsmehrheit sein kann. Diese Mehrheit gefällt den Kommunisten nicht. Sie können es nicht ertragen, daß die Sozialdemokratie eine feste und klare Oppositionspolitik treibt, und sie scheuen vor keinem Schwindel zurück, um diesen Tatbestand vor ihren Anhängern zu verschleiern. Sie haben gestern den ganzen Tag nicht gegen die Regierung, sondern gegen die Opposition gekämpft. Im Hintergrund aber sah Schleichers Staatssekretär, Dr. Plank, und lachte sich eins.

Torglers Kampf gegen Löbe hat eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Kampf Lohmanns gegen Hindenburg. Es gibt aber auch einen Unterschied. Lohmanns Kampf gegen Hindenburg ist dumm und ungefährlich. Torglers Kampf gegen Löbe ist dumm und gefährlich. Deutschland ist im Krieg längst unterlegen. Das deutsche Proletariat steht noch im Kampf, und Torgler kämpft für seine Niederlage!

## Klagges Klage

### Auch die Rechtsparteien gegen Klagges

Braunschweig, 6. Dezember.

In dem Konflikt mit der Technischen Hochschule hat der von Rektor und Senat gestützte Raminister Klagges den Versuch unternommen, durch einen Gegenangriff der Niederlage zu entgehen. Er benützte dazu die Solidaritätserklärung der Rektoren aller Hochschulen mit dem Senat von Braunschweig, um zu sagen: er lehne die Einmischung „unverantwortlicher“ Instanzen in braunschweigische Angelegenheiten ab. Niemals habe er, der Raminister, die Freiheit der Wissenschaft beeinträchtigt. Was er getan habe, sei lediglich zum Schutz der Gleichberechtigung der nationalen Studentenschaft geschehen. Deshalb könne er es niemals zulassen, wenn das Hakenkreuzbanner von der Hochschule verbannt und damit entwürdigt werde.

Gegen diese den Tatbestand ins Gegenteil verkehrende Klagges-Klage wenden sich die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei. Beide stellten sich in einer öffentlichen Erwiderung noch einmal hinter Rektor und Senat. Die Deutsche Volkspartei läßt es hagelnd auf Klagges niederfallen, indem sie den Universitätsbehörden dankbar ist für deren mannhafte Wehr gegen die Eingriffe von Klagges in die Selbstverwaltung der Hochschule. Wörtlich sagt die Volkspartei dann in ihrer Erklärung: „Die Entwicklung der Technischen Hochschule in den letzten Jahren hat jeden Braunschweiger mit Stolz erfüllt. Das ist ein direktes Lob für die frühere sozialdemokratische Regierung! Diese Entwicklung ist gefährdet, wenn die Verwaltungsorgane der Hochschule, die ihrer Verantwortung voll bewußt sind, in der Ausübung ihrer Rechte gehindert werden und politische Strömungen an der Hochschule vom Volkshilfungsminister, der als oberster Hüter der Ordnung die Jugend von unbedachten Schritten fernhalten sollte, nicht nur gebildet, sondern gefördert werden.“

Die Deutschnationalen sind in der Form ihrer Erklärung weniger scharf, aber in der Sache nicht minder gegen ihren Koalitionspartner Klagges. Unzweifelhaft stellen sich auch die Hugenbergleute hinter Rektor und Senat, so daß Klagges im Braunschweigischen Landtag eine Front gegen sich sehen wird, die von den Kommunisten bis zu den Deutschnationalen geht. Das heißt, wenn die jetzt so laut Protestierenden nicht rechtzeitig wieder umfallen.

In Nürnberg wurde am Sonntag der von 700 Personen besuchte Bezirksparteitag der Kommunisten durch starke Polizeikräfte aufgelöst. Die Auflösung erfolgte angeblich wegen „höcherrätorischen Charakters“ der Konferenz. Es wurde zahlreiches Schriftmaterial beschlagnahmt.

# Eröffnung des Reichstags

## Litzmann und der Marschallstab — Wahl des Präsidiums

Raum zwei Monate sind vergangen, seitdem die große Kommunistin Klara Zetkin den vorigen Reichstag eröffnet hat, der schon in seiner zweiten Sitzung aufgelassen ist. Ein neuer Reichstag ist am 6. November gewählt worden, und genau einen Monat später ist er zusammengetreten. Wiederum war das Reichstagsgebäude in weitem Umkreis polizeilich abgesperrt. Übermalls erschienen die Hitler-Faschisten in Uniformen, aber der braune Fleck ist kleiner geworden. Damit nicht wieder die Kommunisten präsidieren kann, haben sie den 83-jährigen General Litzmann in den Reichstag geschickt, der schon den Preussischen Landtag mit einer Agitationsrede eröffnet hat. Sowie er den Präsidentenstuhl erreicht, stellt sich ein Hitlermann in Uniform als Adjutant hinter ihn und bleibt die ganze Zeit dort aufgefächert. Als einziger non alienis hat der Alterspräsident einen dunklen Anzug an. Die Hitler-Fraktion begrüßt ihn mit einem schallenden dreifachen „Heil!“, das auf der Linken Gelächter und Gegenrufe erzeugt.

### Alterspräsident Litzmann

Stellt zunächst fest, daß er das älteste Mitglied des Hauses ist, beruft drei Abgeordnete der Rechten zu Schriftführern und liest dann ein Redemanuskript vor. Er beginnt mit den Enttäuschungen, die das deutsche Volk in den letzten 14 Jahren erlebt habe und rügt bedauernd, daß der Reichspräsident nicht die befreiende Tat habe eintreten lassen, nämlich

den zur Rettung Deutschlands fähigen Hitler

zur Regierung zu berufen. Statt dessen habe man tagelang über parlamentarische Regierung, Präsidialkabinett usw. geflirtet (Zuruf links: Und Hitler hat dabei fleißig mitgemacht), habe ein Scheingesicht geführt, und während man Herrmann Müller, Heinrich Brüning und Franz von Papen das Vertrauen geschenkt, habe man Hitler abgelehnt. Dann spricht er von der Not des Volkes. Er erwähnt, daß im Oktober allein in Berlin 193 Menschen sich umgebracht haben. Genau 18 Jahre ist es her, daß Feldmarschall von Hindenburg sich zum Retter Deutschlands machte. Am 23. November fand der Durchbruch nach Breslau statt im Anschluß daran die Schlacht bei Lodz. Die glückliche Wendung wurde durch meine Infanteriebrigade herbeigeführt und

Hindenburg gab zu, daß er uns den Feld-

marshallstab zu danken habe.

Heute handelt es sich für ihn um Wichtigeres als den Feldmarshallstab. Es handelt sich darum, daß er dem historischen Fluch entgeht, das deutsche Volk zur Verzweiflung getrieben, dem Bolschewismus preisgegeben zu haben (Hu-Rufe bei den Kommunisten), obwohl der Kaiser bezu-

stand. (Lachen links.)

Der Alterspräsident schließt unermüdet seine Rede, lang vor der angeführten Dauer von einer halben Stunde; es scheint, daß er das Schlüsselwort nicht mit verlesen hat. Dadurch sind auch seine Pa's derart verblüfft, daß der Rede keinerlei Beifallsäußerung folgt, sondern lang- und langlos zum Namensaufruf der Mitglieder übergegangen wird.

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 566 Mitgliedern.

### Haftentlassungsanträge

Abg. Fried (Nsoz.) beantragt die Freilassung von zwei verhafteten Abgeordneten seiner Partei.

Abg. Torgler (Komm.) die Freilassung seiner Fraktionskollegen Wadala, Buchmann und Bogt, die wegen literarischen Hochverrats bzw. Verlaufs verbotener Broschüren sitzen. Ferner beantragt er sofortige Erledigung der Aufhebungsanträge gegen die Bürgerrechtsverordnungen, sowie gegen Zeitungsverbote und Beschlagnahme von Rotationsmaschinen der SPD.

### Abg. Dittmann (Soz.)

Spricht sich für die von Torgler beantragten Haftentlassungen aus, erklärt aber Ausschüßberatung des Antrags Fried für erforderlich, zumal der eine dieser beiden Naziabgeordneten wegen Totschlagversuchs angeklagt ist, weil er nachts, im Auto durch Barmen-Eberfeld fahrend, herumgeschossen und ein junges Mädchen schwer verletzt hat; der andere ist als Schleswig-Holsteinscher Bombenleger zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt und erst kurz vor dem Urteil durch Rücktritt eines gewählten Pa. als Abgeordneter nachgerückt, um der Strafe entzogen zu werden. (Hört, hört! links. — Murren rechts.)

Abg. Dr. Fried (Nsoz.): Diese Angaben werden bestritten, nachdem aber Widerspruch erhoben ist, erhebe ich hiermit Widerspruch gegen die sofortige Behandlung sämtlicher kommunistischen Anträge. (Lofende Hu-Rufe der Komm.) Es wundert mich nicht, daß Herr Dittmann mehr Verständnis für Leute hat, die des Landesverrats angeklagt sind! (Händeklatschen rechts; empörte Gegenrufe links.) Infolge des Widerspruches können die Anträge nicht sofort verhandelt werden, die Kommunisten verlangen im Chor noch eine ganze Weile, daß über ihre Aufhebungsanträge abgestimmt werde.

### Wahl des Reichstagsvorstandes

Abg. Dr. Fried (Nsoz.) schlägt als Präsidenten seinen Pa. Göring vor.

Abg. Steinhoff (Dnat.): Trotz unserer Bedenken gegen die Person des Herrn Göring hätten wir ihm unsere Stimme gegeben, wenn nicht die Nationalsozialisten... (Der Rest geht im Lärm unter.)

### Abg. Dittmann (Soz.)

Der Präsident des Deutschen Reichstages soll die Würde und die Rechte des Hauses wahren und schützen. Das kann nur ein Präsident, der

innerlich bejahend auf dem Boden des Parlamentes steht. Nur wer den Parlamentarismus ehrlich anerkennt, der kann diese Aufgabe erfüllen.

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat bisher offiziell befunden, daß sie ein grundsätzlicher Gegner des Parlamentarismus ist (Sehr richtig! rechts), und daß, wenn sie die Kraft dazu hätte, das Parlament zertrümmern würde.

Wir können nicht einen Vertreter dieser Fraktion zum Reichstagspräsidenten wählen, schlagen vielmehr einen Mann vor, von dem alle Welt weiß, daß er den Parlamentarismus bejaht, im Parlament den Vollstrecker des Volkswillens sieht und für dieses hohe Amt am besten geeignet ist: Paul Löbe. (Stürmischer Beifall der Soz.)

Abg. Kädel (Komm.) schlägt als Präsidenten den Abg. Torgler vor. Für den Fall der Notwendigkeit eines zweiten Wahlganges werden die Kommunisten, um die Wahl eines Faschisten zu verhindern, für Löbe stimmen. (Großer Beifall links.) Im Anschluß daran richtet Kädel maßlos heftige Angriffe auf die Sozialdemokratie und nennt sie schlimmer als die Nazis.

Abg. Dittmann (Soz.) weist diese Angriffe kurz zurück und erklärt, wenn die Kommunisten für Löbe stimmen wollen, würden wir sie daran nicht hindern.

Die Wahl erfolgt auf die Weise, daß die Mitglieder den Saal verlassen und beim Wiedereintritt durch zwei verschiedene Türen die Zettel abgeben. Zum Präsidenten wird Abg. Göring (Nsoz.) gewählt. Er erhält 279 Stimmen, 6 Stimmen über die absolute Mehrheit von 273. Weiter erhalten Löbe (Soz.) 120, Torgler (Komm.) 92 und Graf (Dnat.) 51 Stimmen.

Das Wahlergebnis wird von den Nazis mit geklungenem „Heil“-Rufen begrüßt, ebenso der neugewählte Präsident, als er in der SA-Uniform, mit mehreren Kriegorden und sonstigen Abzeichen behängt, seinen Platz einnimmt.

### Präsident Göring

dankt zunächst dem Alterspräsidenten, der dem deutschen Volke als Vorbild in seiner Pflichterfüllung, in seinem Dienst am Vaterlande und als Sieger in großer Zeit dienen könne. Dann dankt er für das ihm bewiesene Vertrauen, wobei er auf Gegenrufe der Kommunisten erwidert, sie brauchten kein Vertrauen zu haben, er habe auch seines zu ihnen. Dann beruft er sich auf seine Worte nach seiner Wahl zum Präsidenten des vorigen Reichstages, wo er unparteiische Amtsführung gemäß der Geschäftsordnung und der Verfassung, Wahrung der Rechte des deutschen Volkes und der Volksvertretung gelobt hat. Darauf appelliert er an alle Parteien, die entsetzliche Not des Volkes zu lindern. (Zuruf Torgler: Hoffentlich nicht durch Margarine- und Schlachthaussteuer!) Wenn Sie mich jetzt nicht ausprechen lassen, müssen Sie sich hinausbegeben.

Seit Wochen und Monaten hat man versucht, die deutsche Volksvertretung herabzuwürdigen. Man hat vom überlebten Parlamentarismus gesprochen. Auch wir sind gegen einen überlebten Parlamentarismus und gegen unangebrachte Parteienherrschaft. Andererseits aber müßten wir feststellen,

daß in der jetzigen Zeit der Reichstag die einzige Stelle ist, wo der Wille des deutschen Volkes kundgetan werden kann und gehört wird.

Hingegen hat man viel von autoritärer Staatsführung gesprochen. Ich glaube feststellen zu können, daß die Regierung Papen alles getan hat, um den Begriff der Autorität im deutschen Volke zu zerstören. (Lobh. Zustimmung.) Der Kuhhandel (stürmische Heiterkeit), der jetzt getrieben wurde, steht einzig da.

Selbst alterprobt Parlamentarier würden blaß vor Neid werden, wenn sie diesen Kuhhandel erlebt hätten.

(Zuruf Torglers: Sie sind ja der ausgezeichnetste Kuhhändler!) Die einzige wirkliche Autorität ist die, die im deutschen Volk verwurzelt ist und sich nicht allein auf die Bajonette stützt. Man kann mit Bajonetten alles machen, aber man kann nicht so quasi auf die Dauer auf ihnen sitzen. (Große Heiterkeit.) Aus diesem Grunde bedauern wir auf das lebhafteste die Ernennung des Reichsmehrministers zum Reichskanzler, wodurch die kleine, aber ausgezeichnete deutsche Wehrmacht in den Tagesstreit hineingezogen wird. Die deutsche Wehrmacht gehört dem ganzen deutschen Volke, ihr einziges Ziel ist die Verteidigung der deutschen Grenzen, niemals darf sie benutzt werden, um im Innern als Polizei zu dienen.

Der Artikel 48 der Verfassung ist für ganz bestimmte Fälle gemacht worden; wenn aber jetzt ausschließlich mit ihm reagiert und mit seiner Hilfe die Beschlüsse des Reichstages unwirksam gemacht werden, so ist das der reine Absolutismus,

und die schwerste Verletzung des Geistes und Sinnes der Reichsverfassung. Man hat dem Führer der stärksten Partei, die ein Drittel des deutschen Volkes umfaßt, von der Regierungsbildung ferngehalten, weil sonst zu viel Macht in einer Hand konzentriert würde. Aber noch größere Macht ist dem Reichskanzler übertragen, der zugleich Reichswehrminister und Reichskommissar für Preußen ist.

Als ersten Vizepräsidenten schlägt Abgeordneter Fried (Nsoz.) den Abg. Esser (Z.) vor.

Abg. Löbe (Soz.): Dieser Vorschlag ist so ausgezeichnet, daß wir uns ihm anschließen. Wir hoffen dabei, dem Präsidenten eine Hilfe an die Seite zu geben für seine Bemühungen um die Parlamentsrechte und um die Verfassung von Weimar. (Große Heiterkeit.)

Abg. Kädel (Komm.) schlägt Torgler vor.

Zum ersten Vizepräsidenten wird der Abg. Esser (Z.) gewählt mit 445 Stimmen.

Abg. Torgler erhält 93 Stimmen.

Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten erhalten Abg. Rauch (Bayer. Vp.) 195, Löbe (Soz.) 198, Graf (Dnat.) 58 und Torgler (Komm.) 93 Stimmen; in der Stichwahl wird

zum zweiten Vizepräsidenten gewählt Abg. Rauch mit 255 Stimmen.

Der Abg. Löbe hat 202 Stimmen erhalten, 95 waren ungültig. Rauch ist von den Nazis gewählt, Zentrum und Bayer Volkspartei und Rauch selbst haben für Löbe gestimmt.

Als dritten Vizepräsidenten schlägt Abg. Dittmann (Soz.) mit den Worten, daß seine Fraktion nicht auf den Versuch verzichten wolle, Herrn Göring auf den Weg der Demokratie zu zwingen, den Abg. Böhe vor.

Abg. Steinhoff (Dnat.) schlägt, demit auch ein Jurist dem Präsidium angehört, den Abg. Graf vor. — Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) schlägt den Abg. Hugo (DVP.) vor. Abg. Kädel (Komm.) den Abg. Torgler (Komm.) Es erhalten Löbe 193, Hugo 204, Torgler 87 Stimmen.

Die Stichwahl zum dritten Vizepräsidenten ergibt je 205 Stimmen für Dr. Hugo (DVP.) und Löbe (Soz.), 101 Stimmen sind ungültig. Das Los, gezogen durch den Vorsitzenden Esser, entscheidet für Dr. Hugo. (Große Heiterkeit.)

Es folgt die Schriftführerwahl, deren Ergebnis morgen mitgeteilt wird. Ebenso das Wahlergebnis für den Auswärtigen und den Ueberwachungsausschuss; in den letzteren schlägt die Hitler-Frat-

tion u. a. auch den Abg. Heines vor, damit er dauernde Immunität erlangt.

Abg. Torgler (Komm.) erneuert die Haftentlassungsanträge.

Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) erhebt keinen Widerspruch, wenn zugleich seine Haftentlassungsanträge erledigt werden.

Alle diese fünf Anträge werden darauf von den Nationalsozialisten und den Kommunisten angenommen.

### Tagesordnung für Mittwoch

Vizepräsident Esser schlägt für die nächste Sitzung am heutigen Mittwoch, 14 Uhr, als Tagesordnung vor: Antrag Fried betreffend Verletzung des Reichspräsidenten, Zentrumsantrag betreffend Änderung der sozialpolitischen Teile der Notverordnung vom 4. September 1932, sämtliche Anträge wegen Winterhilfe und Arbeitsbeschaffung und wegen Amnestie.

### Abg. Löbe (Soz.)

erinnert an die Worte des Präsidenten in seiner heutigen Antrittsrede über die Ausschaltung des Reichstages durch Papen und an das Versprechen aller Parteien vor ihren Wählern, sofort im neuen Reichstag die politischen, sozialen und kulturellen Fragen gründlich zu behandeln. Deshalb beantragt die sozialdemokratische Fraktion, in der Mittwoch-Sitzung zunächst die Erklärung der Reichsregierung entgegenzunehmen und darüber sowie über die sämtlichen sozialpolitischen, Arbeitsbeschaffungs- und Amnestieanträge sowie die Winterhilfsanträge zu beraten.

Abg. Torgler (Komm.) verlangt, um den Vordränger zu übertrumpfen, daß am Mittwoch sofort über den Winterhilfsantrag gegen die Schleicher-Regierung abgestimmt werde.

### Abg. Dr. Breitscheid (Soz.):

Der Reichstag hat das Recht und die Pflicht, das Programm der Regierung Schleicher zu hören und dann dazu Stellung zu nehmen. Unser schärfstes Mißtrauen gegen die Regierung Schleicher haben wir öffentlich sowie durch unseren Mißtrauensantrag bekundet. Die neue Regierung hat aber den Anspruch darauf, gehört zu werden. (Wüßtes Geschrei der Komm.) Gegenüber Papen lagen die Dinge insofern anders, als Papen bereits Wochen hindurch vor Zusammenritt des Reichstages den Rundfunk mit seinen Erklärungen maßkräftig hatte. Reichskanzler von Schleicher aber hat sein Programm noch nicht bekannt gegeben. Wir lassen uns das parlamentarische Recht auf Entgegennahme dieser Erklärung nicht nehmen, wir wollen die Volksvertretung nicht selbst ausschalten.

Den Kommunisten liegt bei ihrer Eile nichts daran, dem Kabinett das Mißtrauen auszusprechen, sondern vielmehr, das Parlament zu ruinieren. Der kommunistische Antrag könnte dazu führen, daß der Reichstag aufgelöst wird, bevor er noch eine Debatte geführt und über die Anträge beschlossen hat.

Wir aber wollen zunächst dafür sorgen, daß die hungernden und frierenden die Winterhilfe erhalten. Und daher wollen wir nicht, daß morgen bei Beginn der Sitzung sofort über das Mißtrauensvotum abgestimmt werde. (Lobh. Beifall der Sozialdemokraten.)

Abg. Torgler (Komm.) redet vom außerparlamentarischen Kampf zum Sturz der Regierung Schleicher und meint, daß auch nach Annahme des Mißtrauensvotums der Reichstag noch Maßnahmen für die Winterhilfe usw. beschließen könne. (Heiterkeit.)

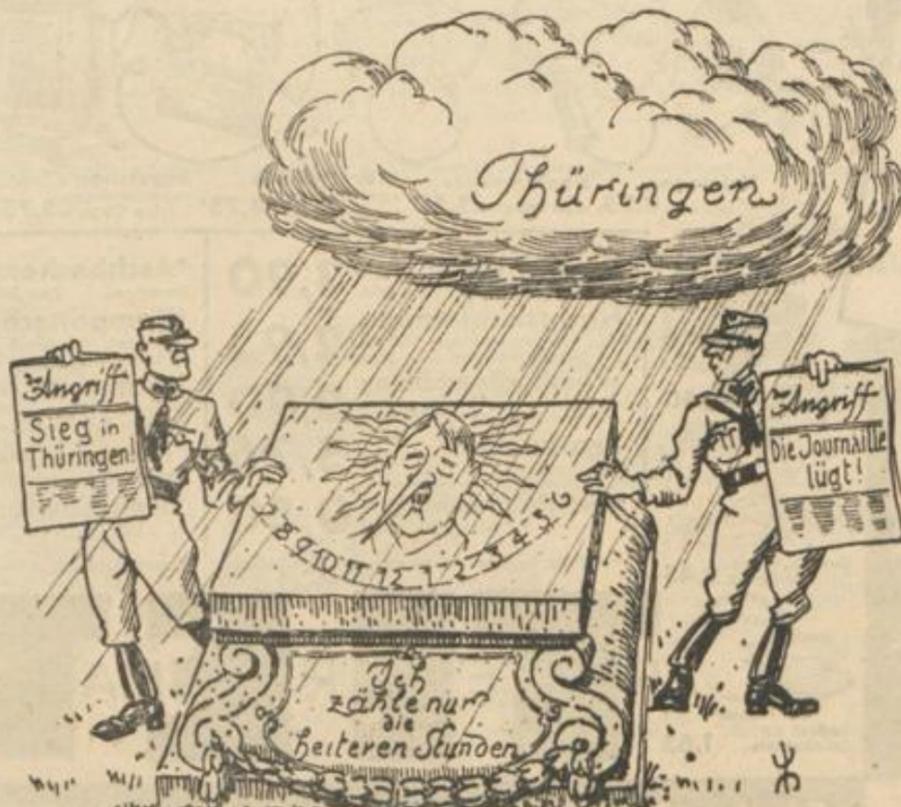
### Abg. Löbe (Soz.):

Nach dem Vorschlag Torglers würde der Reichstag wahrscheinlich morgen (schon nicht mehr imstande sein, etwas für die Arbeitslosen zu tun. Zu einem solchen Schauspiel geben wir uns nicht her. (Lobh. Beifall der Soz., verlegenes Lachen der Komm.)

Der Antrag Torgler wird gegen die Kommunisten, der Antrag Löbe gegen die Sozialdemokraten und die Kommunisten abgelehnt. Es bleibt bei dem Vorschlag des Vizepräsidenten.

Schluß gegen 20 Uhr.

## Die Sonnenuhr



„In Thüringen haben wir im Verhältnis Stimmen gewonnen.“

(Hitler vor der Reichstagsfraktion der NSDAP.)

## Milchpferdpeitsche

### SA-Mann im Speisewagen

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hatte sich der Mitropa-Kellner Dost wegen Beleidigung Severings zu verantworten. Seit 1926 ist Dost SA-Mann. Deshalb gefiel er sich in immer heftigeren Ausfällen gegen den preussischen Innenminister Severing, dem er wiederholt androhte, er werde ihn — nach der „Nachtregierung“ durch Hitler — persönlich vornehmen und ihn öffentlich auspeitschen. Trotz aller Mahnungen befremdeter Kollegen, er möge sein Mundwerk in Acht nehmen, blieb der SA-Mann bei seinen rüpelhaften Drohungen. Als dann Severing, der davon Kenntnis erhielt, Strafantrag stellte, wurde Dost mit einem Strafbefehl über zwei Monate Gefängnis bestraft. Dagegen erhob er Einspruch. Das Schöffengericht, dem er mit der Ausrede kam, er hätte nicht Severing, sondern Orzeszinski gemeint, ermäßigte ihm die Strafe auf drei Wochen Gefängnis!

Fraktion der Fraktionslosen. Der Reichstagsfraktion der „technischen Arbeitsgemeinschaft“, die sich aus elf Volksparteilern sowie fünf Christlich-Sozialen und einem Hannoveraner zusammensetzt, ist nunmehr beigetreten worden durch den Beitritt der drei Abgeordneten der Deutschen Bauernpartei,



# Kampf zwischen Gas und Elektrizität

## Planmäßige Brennstoffwirtschaft! — Die Bedeutung der Kohle im Kommunalvermögen

In Deutschland liegt das Schergewicht unserer Energieversorgung bei der Kohle. Bis in die Kriegszeit hinein hat man einen Aufbau mit der Kohle in der Form getrieben, daß fast wahllos auch die besten Kohlenarten auf den Kosten unserer Feuerstätten verfeuert wurden. Notgedrungen ist später ein erheblicher Wandel darin eingetreten. Die völlig veränderten Wirtschaftsverhältnisse zwangen zu sparsamen Methoden. Immer mehr wurden nur bestimmte Kohlenarten für wiederum bestimmte Zwecke verwendet.

Braunkohlen und Steinkohlengrieß sind für nur reine Heizungsziele an Stelle der früher beliebten Sorten getreten. Auch durch Zentralanlagen ist ein höherer Reifeffekt und eine sparsamere Wirtschaftsführung erzielt worden. Man wird so weit kommen müssen, das wertvolle Material in chemischer Beziehung restlos aufzuschließen. Die vielseitigen wertvollen Bestandteile der Kohle sind der Ausgangspunkt unserer chemischen Industrie und bilden den Grundstoff für ihren Betrieb.

Die Gewinnung und Ausnutzung hochwertiger Grundprodukte, wie Teeröle, Ammoniak u. dgl., hat in Deutschland die Bildung einer besonderen Industrie veranlaßt. Bei der weiteren Ausbeute von Koks und Gas, die bei der trockenen Destillation ebenfalls anfallen, ergibt sich eine ganz bedeutende weitere Verwendungsfähigkeit des Rohstoffes.

Die Verwendung der Kohle wird nur eine volkswirtschaftlich anzustrebende hohe Kapitalverwertung darstellen, wenn gleichzeitig Rücksicht auf die höchste technische Auswertung des Ausgangsproduktes genommen wird. Im Gesamtinteresse muß dabei gefordert werden, die wärmetechnischen Wirkungsgrade unter allen Umständen gebührend zu berücksichtigen. Bei der Gas-erzeugung tritt durchschnittlich eine Ausnutzung der Kohle von 76 Proz. ein. Der Ausnutzungsgrad ist sehr hoch im Vergleich mit anderen kohleverbrauchenden Anlagen. Bei modernen neuzeitlichen Großkraftwerken beträgt der

die Ziffern als Ergebnis von einwandfreien theoretischen Berechnungen vielleicht praktisch nicht ganz gehalten werden sollten, so ist doch der Aufwand von Kohle bei der Deckung des Wärmebedarfs mittels elektrischen Stromes in jedem Falle mehr als doppelt so groß wie bei der Verwendung von Gas.

### Höchste technische Auswertung!

Vorzüge haben beide Energien. Sie liegen auf der einen Seite in der beinahe restlosen Aufschließung des Rohstoffes und auf der anderen Seite in der wandlungsfähigen Energieform. Es ist zweifellos dem Aufschließungsprozeß der Kohle im Gaswerk mit dem Endziel der Gas- und Nebenproduktengewinnung unbedingt der Vorzug zu geben; allerdings nur, soweit es sich um Kochzwecke sowie um Heizungs- und Warmwasserversorgung handelt. Die Verwendung der Kohle unter den Kesseln der Elektrizitätswerke mit anschließender Umwandlung der Dampfenergie in elektrischen Strom darf nur dann als zweckmäßig angesehen werden, wenn der Strom nur für Licht- und Kraftzwecke Verwendung findet. Beide Energieformen sind für alle in Frage kommenden Leistungen auf keinen Fall gleichwertig.

Die Deffenlichkeit ist nicht nur als Verbraucher, sondern auch als Aktionär sehr stark daran interessiert, weil in vielen Fällen Gas- und Elektrizitätswerte beträchtliche Bestandteile des Kommunalvermögens sind. Sie muß es sogar sein, weil durch die Tarifpolitik die

Entwicklung sehr stark nach der einen oder anderen Richtung hingelenkt werden kann. Man kann heute schon beobachten, daß auf dem Gebiete der technischen Leistung im Haushalt ausgesprochene Kampfpreise der einen Energieform normalen Preisen von der anderen Seite gegenüberstehen. Die für den Verbraucher durchaus vorteilhaften angemessenen Gaspreise für Koch- und Heizzwecke im Haushalt gestatten, immerhin noch erhebliche Mittel an die Gemeinden abzuführen und dadurch wiederum den Verbraucher im höheren Sinne zu entlasten. Die Strompreise für dieselben Zwecke gewähren nach keiner Richtung hin dem Verbraucher einen annähernden Vorteil. Man könnte behaupten, daß sie darüber hinaus noch eine offensichtliche Vergeudung des Rohmaterials darstellen. Ein leider unmögliches Nachgeben des Gaspreises würde trotzdem die Entscheidung zugunsten dieser Energieform ganz entschieden beeinflussen.

### Vernünftige Tarifpolitik

Es darf niemals Sinn und Zweck einer wohl-durchdachten Tarifpolitik sein, unbedingt der einen Energieform den Vorzug vor der anderen zu geben, um Abholgebiete zu erobern, die bereits von der anderen Energieform beherrscht werden. Es muß vielmehr das gemeinsame Ziel sein, den Ertrag des festen Brennstoffes unbedingt herbeizuführen. Die in den Gas- und Elektrizitätswerten investierten Kapitalien dürfen unter keinen Umständen dadurch entwertet werden, daß in einseitig verstandenenem

Interesse Tarife eingeführt werden, die auch für den Laien erkennbar ausgesprochenen gegenseitigen Kampfcharakter tragen. Der Leidtragende würde in solchen Fällen, auf die Dauer gesehen, doch nur der Abnehmer sein. Die Werke darf man eben nicht als Erwerbsinstitute betrachten.

Die Umstellung von industriellen, gewerblichen und häuslichen Feuerstätten auf einen rauch- und rußfreien Brennstoff muß auch dringend gefordert werden, um mit einer Städtehygiene herbeizuführen. Eine planmäßige Brennstoffwirtschaft muß dringend betrieben werden, weil wir uns den Luxus nicht erlauben dürfen, auch nur teilweise planlos zu wirtschaften. Das Interesse der Volkswirtschaft erfordert es, die ergiebigen wertvollen Rohstoffe im Sinne einer auf alle Fälle nur der Allgemeinheit dienenden Weise aufzuschließen und dann in vollendet veredelter Form zu verbrauchen.

Georg Rogatz, Stadtverordneter.

## Distole und Blendlaterne

### Nächtlicher Raub in Zehlendorf

Der Hille Vorort Zehlendorf, in dem sich kürzlich in einem Siedlungshaus ein schwerer nächtlicher Raubüberfall zugetragen hatte, ist in der Nacht zum Dienstag abermals das Ziel einer Verbrechertat geworden.

Gegen 4 Uhr früh wurde der Redakteur S. und seine Frau, die eine Villa in der Mühlenstraße bewohnen, durch ein verdächtiges Geräusch aus dem Schlaf geschreckt. Wenige Augenblicke später drangen drei Männer mit schußbereiten Revolvern und mit Blendlaternen ins Schlafzimmer und forderten das Ehepaar auf, sich völlig ruhig zu verhalten. Darauf durchstöberten sie sämtliche Behältnisse und fanden 185 M. Außerdem raubten die Banditen ein Herrenfahrrad und einen Marengo-Winterkoffer, den sie auf der Flucht aber wieder fortwarfen. Wie später von der Polizei festgestellt wurde, waren die Täter durch den Wintergarten, nachdem sie eine Scheibe eingedrückt hatten, eingestiegen.

Das Gelingen derartiger Untaten wird durch die in allen äußeren Vororten herrschende ungenügende Straßenbeleuchtung außerordentlich gefördert. Selbst am frühen Abend lasten in diesen Straßen eine Beleuchtung feststellen, die lebhaft an die traurige Rot- und Spargelzeit des Krieges erinnert.

## Am Klavier erschlagen

### Dunkel um Tegeler Mord

Zu gleicher Zeit, da in der hannoverschen Straße die Sektion der Frau Gronwald stattfand, waren andere Gerichtsärzte mit der Obduktion der Leiche des ermordeten Generalagenten Bessert in einem anderen Saal beschäftigt. Die Leichenschau ergab, daß B. furchtbare Wunden davongetragen hatte. Die Schläge über den Kopf sind mit einem scharfkantigen, harten Instrument geführt worden. Beim ersten Hieb, der das Ohr abriß, wurde schon die Schädeldecke des Mannes gespalten.

Die Nordkommission vermutet, daß der Generalagent am Klavier gesessen hat, als sein Mörder von hinten auf ihn einschlug. Diese Vermutung wird damit bestätigt, daß auf dem Klavier große Blutflecke und eine große Blutlache auf dem Teppich vorhanden sind. Die Fahndungen nach dem Täter blieben bisher noch immer erfolglos.

## Spielzeug wartet auf Käufer

### Besucht die Ausstellung der Heimarbeiter im Gewerkschaftshaus



Vom frühen Morgen bis in die späte Nacht hinein sitzt der ergebirgische Heimarbeiter mit Frau und Kindern, der Großvater, das Enkelkind, eng aneinandergesprengt in der kleinen, kalten Stube. Mit müden Augen und hungrigem Magen basteln sie all die zierlichen Spielsachen zurecht, die den Kindern in der Großstadt Freude bereiten sollen. Das ganze Jahr über gibts keinen Verdienst, die einzige kleine Hoffnung bleibt das Weihnachtsgeschäft. Im Berliner Gewerkschaftshaus, Engellufer, warten Tausende kleiner, buntemalter Holztierehen, Holzfiguren, Puppenküchen und viele andere hübsche Dinge auf Käufer. Die Ausstellung ist täglich ab 16 Uhr geöffnet. Besucht sie und kauft für ein paar Groschen. Die Not derer, die euren Kindern Weihnachtsfreude bereiten wollen, ist riesengroß!

## Mordgeständnis!

Der 61jährige Musiker Mag. Gronwald, der unter dem Verdacht festgenommen wurde, am letzten Sonntag seine Frau in der Reichenberger Straße 116 erdrosselt zu haben, hat nach tagelangem Leugnen gestern Abend ein Geständnis abgelegt. In angetrunkenem Zustande hat er seine Frau niedergeschlagen und dann die bewußlos am Boden Liegende mit einem Haufstreid erdrosselt. Er wollte einen Selbstmord vortäuschen, in seinen Vorbereitungen war er aber durch den unerwarteten Besuch einer Freundin der Getöteten gestört worden.

Wirkungsgrad nur 15 Proz. Für 1 Kubikmeter deutsches Normalgas werden unter Berücksichtigung des Kalorienrückgewinns in der Form von Teer und Koks im Mittel 1,1 Kilogramm Kohle benötigt. Für den elektrischen Strom wird man unter Zugrundelegung der vorgenannten Wirkungsgrade 0,82 Kilogramm pro Kilowattstunde rechnen müssen.

Weil etwa 3,14 Kilowattstunden elektrischer Strom einem Kubikmeter Gas bei Verwendung für Kochzwecke entsprechen, ist der Aufwand von Kohle beim gleichen Effizient bei Verwendung von elektrischem Strom 2,6 Kilogramm, dagegen bei Verwendung von Gas nur 1,1 Kilogramm. Wenn



Wo man kritisch ist,  
schätzt man „Saba“

Wenn der kritische Berliner einer Cigarette so ausschließlich den Vorzug gibt wie seiner „Saba ohne“, da muß doch was dran sein! „Saba ohne“ sind die Merkmale Berlins meistgerauchter Cigarette.



Hoheitszeichen

# Pfiffige Berliner auf der Suche

## Weißt du wieviel Berlinen stehen?

Der Alexanderplatz ist aus jahrelangem Aschenbrödelbasein zu neuer Herrlichkeit erwacht, hohe Zweckbauten umsäumen ihn, Schutzhäuser regeln den Verkehr und aus dem Schandfleck, in den jahrelanges Buddeln, umzäunte Schächte der U-Bahn, Gräben und Pflasterarbeiten aller Art ihn verwandelt hatten, ist nun wieder ein wirkliches Zentrum des städtischen Verkehrs geworden.

Kein Wunder, daß die von der jahrelangen Unwegsamkeit des Platzes am meisten betroffenen Geschäftsteile dieses Ereignis gebührend feiern und sich zugleich dem verärgerten Publikum wieder in freundliche Erinnerung bringen wollen. Die hochbunten Frau Berlinen ist zwar inzwischen „abgebaut“ worden und hat irgendwo in der Umgebung Berlins, in einem Vergnügungslokal, ein wenig beachtetes Altersheim gefunden. Ihrer hat sich aus Anlaß der Werbeveranstaltung, die man zu Ehren des renovierten Platzes zu inszenieren für richtig hielt, das Herz der Kaufleute erinnert, und so waren in den letzten Tagen in allen Fenstern „rund um den Alexanderplatz“ unzählige kleine Berolinen zu finden, d. h. sie waren zu finden für den, der zu suchen verstand.

Denn das „Berolinen-Suchen“ war der Sinn eines Preisausschreibens, das unzählige Berliner auf die Beine brachte, die nun mit Bogen und Blei bewaffnet an den Häuserfronten entlangspazierten, um die Zahl sämtlicher Berolinen, die in den Fenstern zwischen Kesseln, Rüssen, Bettwäsche, Morgenröden, Uhren, Handarbeiten, Schweinefleisch und anderen köstlichen Dingen ihre Aufstellung gefunden hatten, zu erfinden.

Der Einfall war sicher hübsch und dürfte durch den Zuzug des zahlreichen Publikums auch durchaus den von den Geschäftsteilen gewünschten Erfolg gebracht haben. Allerdings ein Erfolg und eigentlich gerade der erfreulichste war nicht vorausgesehen worden:

An allen Ecken und Enden waren Arbeitslose postiert, die nicht Heftpflaster, nicht Schnürsenkel, nicht Krawatten und nicht Schokoladentangen anboten, sondern einzig und allein fertig und fertig gestellten weißen Zettel. „Guten Tropfen de Käseflösung“, „Bei mir allein die

genaue Zahl von Berolinen“ riefen sie um die Wette, und damit die liebe Konkurrenz auch wirklich zerplatze, ertönte dazwischen ein piepfüßiges Stimmchen „Roofen Sie bei mir, lieber Herr, ich hab mit Kontrolle gezählt“.

Die Zettel fanden guten Abzug und das Preisrichterkollegium dürfte über die große Zahl der hoffentlich richtigen, in jedem Falle aber gleichlautenden Lösungen erstaunt gewesen sein. Wer eigentlich nicht überrascht sein dürfte, sind die Kenner und Bewunderer der Berliner Findigkeit.

Da liefen die armen Leute herum und haben vielleicht seit Monaten keine feste Arbeit, möglicherweise keine feste Bleibe mehr. Aber die beste Eigenschaft des Berliners, die sprichwörtlich gewordene Heiligkeit, ist ihnen durch ihr irrides Schicksal nicht verdunkelt worden.

So kam es, daß diese Veranstaltung tatsächlich ein Lokalfest erhielt und sogar etwas zumege brachte, worüber sich unsere Weisen den Kopf zerbrechen. Am Alexanderplatz gab es in diesem Jahre des Heils eine ungewollte Arbeitsbeschaffung! Warum? Weil der Berliner Mutterwitz krisenfest geblieben ist!

## Flugzeugabsturz

### Schulfliegerin verunglückt

Auf dem Flugplatz in Staaken stürzte gestern nachmittags ein Schulflugzeug des Brandenburgischen Flugportvereins aus großer Höhe ab. Die Pilotin, eine 22 Jahre alte Flugschülerin Marie von Loebe aus der Claudiusstraße 10, erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Das junge Mädchen fand im Spandauer Krankenhaus Aufnahme, wo es mit einem Schädelbruch, Arm- und Beinbrüchen hoffnungslos daniederliegt.

Der abgestürzte Apparat ist eine Klemm-25-Maschine mit der Nummer D 1455. Früherhin von Loebe sollte gestern das erste Mal allein zu einem Übungsflug starten. Der Start ging glatt vonstatten. Als sich das Flugzeug in etwa 200 Meter Höhe befand und in eine Kurve ging, ereignete sich, vermutlich infolge eines Bedienungsfehlers, das Unglück. Die Maschine stellte sich steil und stürzte etwa 150 Meter von der Hamburger Chaussee entfernt ab. Das Flugzeug wurde völlig zerkümmert. Die unglückliche junge Pilotin wurde demütlos aus den Trümmern geborgen. Von der Flugpolizei ist eine Untersuchung eingeleitet worden.

## Der Weihnachtsmarkt

### Buntes Leben am Funkturm

Das Ausstellungsamt der Stadt Berlin weiß die Besucher des Weihnachtsmarktes Berliner Künstler, der bis zum kommenden Sonntag in den Ausstellungshallen am Funkturm stattfindet, gut zu unterhalten. In der zu einem Kiefernballsaal umgewandelten Halle III finden täglich Opern-, Theater- und Kabarettvorstellungen statt. Nachmittags ist für die Kleinen gesorgt, die sich an Märchen- und Puppentheater und an einem Marionettentheater erfreuen können, abends finden um 20 Uhr die Vorstellungen für die Erwachsenen statt.

An einem der letzten Tage spielte ein Kollektiv junger Opernkünstler „Die Opernprobe“ von Vorhagen. Junge Künstler, die auf Engagement warten, haben sich zu einem Ensemble zusammengesetzt, das eine ansprechende Aufführung zustande brachte. Unter den Sängern sind besonders Alexander Helfmann und Irene Hensler zu nennen, die beide über großes, bühnenfertig ausgebildetes Stimmmaterial verfügen. Das Orchester, zusammengestellt aus Musikstudierenden, unterstützte die Sänger erfolgreich. Die musikalische Neubearbeitung hatte der Dirigent Georg Bilowski übernommen.

Heute tritt um 17 Uhr Dr. Doolittle mit seinem Kinderzoo auf, und um 20 Uhr gibt es einen „Opernbildbogen“, dargestellt vom Personal der Städtischen Oper. An allen Tagen ist der Weihnachtsmarkt von 15 bis 23 Uhr geöffnet. In der Budenstadt gibt es alles für den Weihnachtsfest zu kaufen, auf der Galerie haben bildende Künstler ihre Arbeiten ausgestellt.

## Nationalsozialisten betteln

Vor uns liegt ein Schreiben der Ortsgruppe Kleist der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Groß-Berlin, in dem man mal wieder auf Bettel bei kapitalistischen Firmen ausgeht.

Man will nämlich eine Weihnachtsfeier veranstalten, bei der als besondere Attraktion der Renommier-Hohenzoller Prinz Kumi von Dorn als Redner angekündigt ist. Bettel her, — besonders grotesk muß in diesem Brief der Sag anmuten, daß nach der vorgege-

nen Ansicht des Briefschreibers bei einer Weihnachtsfeier einer Ortsgruppe der NSDAP, „durch die Ausstellung der Spenden in weitesten Volkstreffen immer wieder und immer mehr der Grundlag: Kauft deutsche Waren! durchdringt“.

Da soll man beim Betteln doch wenigstens ehrlich sein und sich nicht ein nationales Mäntelchen umhängen, das doch kein spendender Kapitalist ernst nimmt.

## Eltern gegen Nazis

### Reinfall an einer Volksschule

An der 2. Volksschule in Halensee wurden die Elternbeitragswahlen durchgeführt. Am Juni dieses Jahres war ein Elternbeirat zustande gekommen, der lediglich aus den zehn Vertretern der „Deutsch-Christlichen Liste“, der Nazi-Liste, bestand. Da die Wahlen vom Juni infolge von Unregelmäßigkeiten vom Provinzialschulkollegium für ungültig erklärt wurden, fanden nun die Neuwahlen statt. Bei reger Wahlbeteiligung entfielen auf die „Einheitsliste gegen Schulreaktion“ 142 Stimmen und 5 Mandate, auf die „Deutsch-Christliche Liste“ (Nationalsozialisten) 112 Stimmen und 4 Mandate, auf die kommunistische „Einheitsliste werktätiger Eltern“ 52 Stimmen und 2 Mandate. Die „Einheitsliste gegen Schulreaktion“ hat also mit ihrer Parole „Für Schulaufbau, gegen Schulreaktion“ auch im Westen Berlins fast die absolute Mehrheit bei der Elternbeiratswahl erreichen können. Die Nationalsozialisten haben von ihren 10 Mandaten nur noch 4 gerettet. Auch diese Wahlen beweisen aufs neue den unaufhaltsamen Rückgang der nationalsozialistischen Bewegung.

## Von Nazis überfallen

In der Lehderstraße in Weißensee wurde in den Morgenstunden auf einen Zeitungsboten der Weissenfer „Vorwärts“-Zentrale ein hinterhältiger Überfall verübt. Vor dem Hause Lehderstraße 8 fielen drei Nationalsozialisten über den Zeitungsboten her, schlugen ihn zu Boden und versuchten ihm die Zeitungen zu entreißen. Der Überfallene wehrte sich gegen die Übermacht so gut es ging und rief laut um Hilfe. Arbeiter, die sich auf dem Wege zu ihren Werkstätten befanden, kamen dem Bedrängten zu Hilfe. Die Nazis ließen jetzt von ihrem Opfer ab und suchten ihr Heil in der Flucht. Mit starkblutenden Gesichtsverletzungen mußte der überfallene Bote zum nächsten Arzt gebracht werden.

## Postverkehr zu Weihnachten

Die Annahme von Paketen und Päckchen erfolgt an den beiden Sonntagen, dem 11. und 18. Dezember, und am Sonntagabend, dem 24. Dezember, ununterbrochen ohne besondere Einlieferungsgebühr bei den Bahnhofspostämtern des Stettiner-, Potsdamer-, Anhalter-, Schiffschen-, Görlicher- und Lehrter Bahnhofes und des Postbahnhofs SW. 77, Luckenwalder Str. 4/5. Am Sonntag, dem 18. Dezember außerdem bei allen Paketannahmestellen von 13 bis 19 Uhr. Geschlossen bleiben: W. 38, Lundenstr. 23a, W. 44, Kronenstr. 38/40 und Berlin-Zentralflughafen. Vom 19. bis 24. Dezember findet bei den Poststellen (in Kaufläden und sonstigen Geschäften) keine Paketannahme statt.

Die Ausgabe von Paketen erfolgt am

# Mißhandelter BBO.-Schaffner

## SA.-Mann kommt mit Gefängnis davon

Die, ach, so arbeiterfreundlichen Nazis haben sich seinerzeit mit Löwenmut in den BBO.-Streik gestürzt, um die Arbeiter und Angestellten „vor dem Lohnraub zu schützen“, den von Wapen, Reichsanwalt von Hitlers Gnaden, verschuldet hatte. Schlagzeilen, eine demagogischer als die andere, schmückten den „Angriff“. Daß aber SA.-Leute nicht davor zurückschreckten, BBO.-Schaffner auf das gemeinste zu mißhandeln, und zwar nach Abbruch des Streiks, davon war natürlich im „Angriff“ nichts zu lesen. Solch ein gefährlicher SA.-Burische namens Laub stand jetzt vor dem Sondergericht.

Der Straßenbahnfahrer K. befand sich mit seinen Kollegen auf dem Wege zum Betriebsdepot. In der Pantower Allee kamen beide an einer Gruppe junger Leute unbehelligt vorbei. Als sie aber auf eine zweite Gruppe von drei jungen Menschen trafen, erhielt K. in roher Weise von hinten mit einer Luftpumpe einen Schlag über den Kopf. Die Angegriffenen gingen in schnellem Tempo weiter, die drei jungen Burischen ihnen hinterher. Plötzlich stürzte K. zu Boden. Ob er einen zweiten Hieb erhalten hat, kannte er nicht sagen. Jedenfalls machten sich im selben Augenblick die drei Burischen auf und davon. Ein Schupo verfolgte den Angegriffenen; trotz zweier Schreckschüsse machte er nicht halt und wurde schließlich in einem Hause versteckt gefunden. K. lag an seinen Verletzungen drei Wochen im Krankenhaus.

Vor dem Sondergericht betritt Laub, der Täter gewesen zu sein. Er hatte auch eine Anzahl Pg.'s

mitgebracht, die natürlich wie immer unter dem Eide die Wahrheit sagten; sie wollten aber diesmal dem Bericht nicht einleuchten, und so wurde der „arbeiterfreundliche“ Nazi wegen gefährlicher Körperverletzung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

## Aber Zuchthaus für Kommunisten

Ebenfalls gestern wurden zwei kommunistische Angeklagte wegen gemeinschaftlicher Transportgefährdung zu je einem Jahr neun Monaten Zuchthaus verurteilt. Sie waren angeklagt, am Wahltag am Hindenburg-Park eine fahrende Straßenbahn mit Steinen beworfen und dabei einen Fahrgast verletzt zu haben. Die Lage des angeklagten Tapezierers Erwin Schöpf war nicht günstig. Dagegen schien die Verurteilung des Schneiders Wilhelm Vogelinger so gut wie ausgeschlossen. Zwar hatte man in seiner Tasche einen Stein gefunden; er mag sich auch unweit der Stelle befunden haben, von der die Steine geworfen worden waren, niemand hat ihn aber selbst Steine schleudern sehen. Das Sondergericht schloß aber in erster Linie aus der Tatsache, daß man in seiner Tasche einen Stein gefunden hatte, auf seine Schuld. Wie anders war es doch im Falle der Nazis an der Stöckchenbrücke in Spandau. Auch dort wurde unter viel verdächtigeren Umständen bei einem Nazi ein Stein in der Tasche gefunden. Er sagte aber, er trüge ihn als — Briefbeschwerer bereits seit mehreren Tagen in der Tasche herum und — man glaubte es ihm.

15. und 25. Dezember von 8 bis 13 Uhr. Der Postfachdienst schließt am 24. Dezember um 16 Uhr, jedoch findet Annahme von Telegrammen und Ferngesprächen, Verkauf von Postwertzeichen in kleinen Mengen und Annahme von Einschreibebriefen wie gewöhnlich statt.

An den beiden Sonntagen, dem 18. und 25. Dezember, erfolgt eine Paketzustellung, am 24. Dezember nach 16 Uhr keine Zustellung von Briefsendungen und Zeitungen, am 25. Dezember eine Briefzustellung, am 26. Dezember keine Briefzustellung. Elkustellung erfolgt ohne Einschränkung.

## Harter Winter im Anzug

### Zugvögel künden ihn an

Königsberg, 6. Dezember.

Die Vogelwarten an der Ostseeküste haben in den letzten Tagen Beobachtungen gemacht, die scheinbar auf einen ungewöhnlich harten Winter hindeuten. Wie alljährlich kommen zur Zeit zahllose Schwärme der verschiedensten Zugvögel, namentlich Wildgänse, wilde Tauben und Kraniche von Norden her über die Ostsee geflogen. Während sonst jedoch diese Vögel sich durch sicheres Fliegen und teilweise durch musterartige Ordnung innerhalb der Schwärme auszeichnen, machen sie in diesem Jahre den Eindruck, als ob sie sich auf einer wilden, überhasteten Flucht befinden.

Wichtige Beobachtungen werden auch von der Nordsee berichtet. Man geht deshalb wohl nicht fehl in der Annahme, daß das eigenartige Verhalten mit der augenblicklich in den arktischen Gebieten herrschenden außergewöhnlichen Kälte im Zusammenhang steht, die die Vögel besonders schnell nach dem Süden treibt. Hoffentlich werden wir trotz dieser Vorzeichen von einem kalten Winter in Mitteleuropa verschont.

## Aus der Stadtbahn gestürzt

Ein trauriges Ende fand ein Schulausflug einer Klasse des Spandauer Lyzeums. Zwischen den Bahnhöfen Savignypfad und Charlottenburg der S-Bahn in der Nähe der Ueberführung Charlottenburg stürzte zum Schrecken der übrigen Fahrgäste die elf Jahre alte Schülerin Eva Fritzsche, die in der Rieppelstraße 22 in Siemensstadt bei den Eltern wohnt, aus einem Zug der Strecke Grünau—Spandau-West auf den Bahnkörper und rollte die Böschung hinab. Das Mädchen zog sich bei dem Sturz eine Gehirnerschütterung und einen Kreuzschuß sowie einen Schlüsselbeinbruch zu, konnte aber nach Behandlung auf der Rettungsstelle nach Hause entlassen werden.

Die Jannowbrücke wird am Mittwoch, mittags 12 Uhr, für den vollen Verkehr freigegeben.

„Gongorilla“ im Planetarium. Das Planetarium am Zoo zeigt jetzt den Großfilm „Gongorilla“, den besten Forscherfilm aus Afrika. Vorher spricht ein Astronom unter Verwendung des Zeiss-Instrumentes über das Thema: „Zwei Morgensterne“. Der Film läuft täglich viermal im Planetarium am Zoo. Die Vorstellungen finden täglich, außer Montags, um 3, 5, 7 und 9 Uhr statt.

Die Jugendweihnachtsannahmestellen werden hierdurch gebeten, soweit bisher nicht geschehen, sämtliche vorliegenden Anmeldungen sofort dem Jugendweihnachtssekretariat, SW. 68, Lindenstr. 2, einzusenden.

„Blau“. Das Russkantenmädchen in der Kottler-Anzengierung feiert in der Blau Triumphe. Diese ganze himmelblaue Romanik, halb Operette, halb Volksstück, mit entzückenden Menuetts in farbenfrohen Kostümen und einschmeichelnden Walzern, ist wohl nirgends so gut am Platze. Igo Guttmann, diesmal als Kapellmeister Joseph Handl, versteht es wie kein anderer, sich Sympathien zu erwerben. Das Kind aus dem Volke, um das sich alles dreht, die drane Ruhm und Preis wird lebenswahr dargestellt von Heidi Eisler. Und als am Schluß alles glücklich ausklingt, dröhnt das ganze Haus vom Beifall. Der ganzen Aufführung merkt man die sorgfältige Regie Armin Mühsch an.

„Wie Berlin Weltstadt wurde“ schildert Dr. Franz Ledebur in 120 Lichtbildern am Freitag, dem 9. Dezember, 20 Uhr, im Bürgercafé des Berliner Rathauses.

## Wie wird das Wetter?

In Berlin: Etwas kälter, bewölkt mit etwas Niederschlag, Winddrehung nach Nord bis Nordost. — In Deutschland: Ueberall langsame Temperaturrückgang. Im Nordwesten zeitweise aufheiternd, im übrigen Reich bewölkt bis trübe und namentlich in Ostdeutschland leichte Niederschläge.

## Vergiß es nicht!

Die Lose der Weihnachtslotterie 1932 der Arbeiterwohlfahrt werden schnell vergriffen sein.

**Nicht warten! Erkältung, Halsentzündung, Grippe vorbeugen mit Panflavin-PASTILLEN**



# Vernünftige Wirtschaftspolitik?

## Die Arbeiterschaft hat nur Anlaß zur Zurückhaltung und Wachsamkeit

Papen, der Reitermajor des Herrenklubs, ist gestürzt, Schleicher, der General der technischen Truppen, ist gekommen. Die Presse der Bourgeoisie, auch die demokratische, redet der organisierten Arbeiterschaft zu, die Schleicher-Regierung sei doch etwas ganz anderes. Aber die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften haben sich ihren Kopf klar zu halten und werden falschen Ratsschlägen nicht folgen.

Aus dem Papen-Kabinet sind ausgetreten: Papen, der Industrie- und Hugenberggattache, Gayl, der Junkeroafall, und Schöffer, der Mann, der alles kann. Es sind gekommen: Bracht, Papens Preußentommissar, Syrup, ein sich fühlender Beamter. Kanzler ist Schleicher an Stelle Papens. Schleicher hat sämtliche Affkianen und Ankündigungen des Papen-Kabinetts mitbeschlossen.

Die Richtlinien der neuen Politik liegen aber schon fest durch die Minister, die aus dem Papen-Kabinet übernommen sind.

Da ist Herr von Braun, der Landwirtschaftsminister. Gut, die Industrie verbietet ihm die Kontingente, die ja ohnehin den Junkern nichts bringen würden. Aber wird er nicht zur Ausbeutung der Verbraucher und Bauern Agrarkartelle anstreben und die Tomatenpolitik im kommenden Frühjahr mit dem groß-agrarischen Umbau der letzten exportwichtigen Handelsverträge fortsetzen?

Da ist Herr Warmbold, der Wirtschaftsminister. Er wird die Arbeitsbeschaffung fördern, die Kreditausweitung unterstützen, vielleicht auch

da, wo sie gefährlich ist. Aber er wird sich, mit ihm Herr von Krosigk, der Finanzminister, mit aller Wucht für die Aufrechterhaltung der Steuergesetze einlegen und der Herrschaft des Monopol- und Kartellkapitals nicht die geringsten Schranken setzen.

Da ist Herr von Krosigk, der Finanzminister und Papen-Reiter über den Bodensee. Er wird mit dem Reichsbankpräsidenten Luther die weitere Finanzierung der Steuergutscheine beraten. Aber er wird über das Kassen- und Haushaltsdefizit des Reiches weiter schweigen, die Kommunen finanziell weiter verfallen lassen und jede Arbeitsbeschaffungsanleihe für unmöglich erklären.

Allen miteinander aber — sie sind ja nach wie vor Barone oder Sachwalter von Finanz- und Industriemagnaten — werden die politischen, wirtschaftlichen und sozialen

### Lebensinteressen des Volkes schließlich hehuda

bleiben, und sie werden dem Reichsarbeitsminister Syrup und dem Arbeitsbeschaffungskommissar Gereke beibringen, daß der soziale Schein für die Unternehmer wichtiger ist als soziale Ehrlichkeit und Wirklichkeit und daß der Kartoffelschnaps für den Osten lebenswichtiger ist als Siedlung. Die öffentliche Arbeitsbeschaffung mit dem Rest der 700 Millionen Einstellungsprämien werden den Unternehmern, die ohnehin aus den Prämien und dem damit verbundenen Lohnraub nicht übermäßig Honig saugen konnten, endlich jene Mehrausnutzung der Betriebe bringen — bei guten Preisen und ohne Risiko —, die bei der großspurigen verkündeten „Mobilisierung des

aufgestauten Investitionsbedarfs“ durch die Steuergutscheine so grünlich ausgeblieben ist.

An den Aufträgen für dieses Kabinet hat sich doch nichts geändert.

Die Industrie will die Fortsetzung von Papens Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Junker wollen die Fortsetzung der agrarischen Subventionspolitik. Das Kartell- und Monopolkapital will ungehindert und unkontrolliert den deutschen Markt weiter beherrschen. Da bleibt, obwohl jede öffentliche Arbeitsbeschaffung begrüßt werden muß, für eine vernünftige Wirtschafts- und Sozialpolitik wenig Raum.

Das sind keine Schlussfolgerungen, die ein mißgünstiger oder oppositioneller Wille sich böswillig zurechtlegt. Das sind Schlüsse, die sich aus der Geschichte des Schleicher-Kabinetts, aus seiner Zusammensetzung und aus der politischen und ökonomischen Situation einfach aufdrängen.

Die organisierte Arbeiterschaft muß wachsam und hellhörig sein bis zum äußersten; denn die Gefahren sind kaum geringer geworden, sie werden nur geschickter vom Klassengegner drapiert. Und sie muß das Programm ihrer wirtschaftlichen und sozialen Forderungen, das heute ein Ganzes und eine Tagesnotwendigkeit ist, weiterhin erkennbar im Scheinwerferlicht der öffentlichen Meinung aufstellen, damit in einer Zukunft, in der auch Schleicher abgewirtschaftet haben wird, die fürchtbaren Opfer Früchte tragen, die unter dem System der autoritären Staatsführung gebracht werden mußten.

Dollar, das sind knapp 52 Millionen Mark, angewachsen und hieron werden voraussichtlich Anfang Januar rund 7,2 Millionen Dollar nach Deutschland für im Kriege beschlagnahmte Schiffe und Patente zurückfließen. Hieron würden etwa 5 Millionen Dollar allein auf die Hapag und den Norddeutschen Lloyd entfallen.

## Wirtschaft und Steuern Wagemanns Vorschlag

Die Idee, die wirtschaftliche Entwicklung (den Konjunkturablauf) durch Maßnahmen der Staatswirtschaft zu beeinflussen, ist nicht so neu, wie es nach Wagemanns Vortrag über „Steuern, Wirtschaft und Wirtschaftsteuerung“ scheinen möchte. Vor allem die Amerikaner vertünden in der Zeit von 1924 bis 1929, die Mittel gefunden zu haben, den Kapitalismus in „ewiger Prosperität“ zu erhalten. Das war ein ungeheurer Irrtum. Wichtig aber ist zu erkennen, daß ein Verfolgen dieser Idee der Konjunkturbeeinflussung zugleich ein Mißtrauensvotum für den vielbesprochenen Automatismus der kapitalistischen Wirtschaft bedeutet.

Wagemann hat das ausgesprochen und fordert daher eine kapitalistische Planwirtschaft, die wenig oder nichts mit dem von uns geforderten Wirtschaftsumbau zu tun hat, da Wagemann den Kapitalismus möglichst uneingeschränkt erhalten will. Daher fordert er Planwirtschaft auf dem Gebiet des Steuerwesens, mit dem doppelten Ziel, einmal das Auf und Ab der Wirtschaftskonjunktur zu mildern, und zweitens die Einnahmen des Staates zu stabilisieren.

Wagemann fordert Aufgabe des fiskalischen Prinzips der Steuerfestsetzung nach dem Ausgabenbedarf ohne Rücksicht auf die Lage der Wirtschaft; die Steuern müßten nach konjunkturpolitischen Gesichtspunkten festgesetzt werden. Wie sehr es in Deutschland daran gefehlt habe, zeige sich darin, daß der Anteil der Produktionssteuern von 1913 bis 1932 von 29 auf 45 Prozent der Gesamtsteuerlast angewachsen sei, während der Anteil der Besitz- und Einkommensteuern von 43 auf 31 Prozent, der der Verbrauchssteuern von 28 auf 24 Prozent zurückgegangen sei. England habe unbewußt viel richtiger gehandelt, da hier die Produktionssteuern von 42 auf 32 Prozent anteilsmäßig gesunken, die anderen Steuern entsprechend gestiegen seien.

Wagemann fordert weiter eine Elastizität des Steuerrechts, die es gestatte, in Zeiten der Hochkonjunktur die Produktionssteuern zu erhöhen, um Uebererhebungen der Hochkonjunktur (Kapitalflehlleitungen) abzubremfen.

Wenn es aber richtig ist, daß Produktionssteuern in der Regel Kostenbestandteile sind, dann werden doch Steuererhöhungen gerade in der Hochkonjunktur nur preiserhöhend, auf die Produktion also zunächst nicht bremsend, allerdings abflächend wirken!

Es muß also sehr bezweifel werden, ob man den Spekulationsgeist der Kapitalisten, der in der Hochkonjunktur keine Hemmungen hat, auf diese Weise zügeln kann. Die Wechselwirkungen zwischen Steuern und Preisen, die Frage der Steuerabwälzung scheint uns Wagemann parläufig allzu sehr vernachlässigt zu haben. Darauf aber kommt es allein an. Schließlich darf man auch die politischen Hemmungen, die einer elastischen Handhabung des Steuerrechts entgegenstehen, nicht übersehen. Werden die Kapitalisten nicht alles daransetzen, eine Erhöhung der Produktionssteuern in der Hochkonjunktur zu verhindern, die ihnen das „Geschäft“ verderben müßte?

## Die stillgehaltenen Milliarden

### Vor dem neuen Abkommen mit den Auslandsgläubigern

In London sind jetzt zwischen deutschen Vertretern und dem ausländischen Gläubigerrat Vorverhandlungen über die Stillhaltung eingeleitet worden, die den Auftakt für die große Stillhaltungskonferenz im Januar bilden. Im März 1933 läuft der auf ein Jahr befristete Stillhaltungsvertrag, der als zweites Abkommen diese Art getroffen wurde, ab.

Das seinerzeit abgeschlossene Stillhalteabkommen stellte das größte Moratorium dar, das jemals für private Schulden gewährt wurde. Fielen doch unter die Stillhaltung insgesamt 55 Milliarden kurzfristige Auslandskredite, deren Ablauf den völligen finanziellen Zusammenbruch Deutschlands besiegelt hätte. So unumgänglich notwendig aber dieses Abkommen auch für Deutschland gewesen war und so lebenswichtig seine Verlängerung auch heute noch ist, muß man sich doch darüber klar sein, daß die ausländischen Kapitalmärkte Deutschland vollständig verschlossen bleiben, solange diese Milliarden alter Auslandskredite noch in dem Verehrungsstand der Stillhaltung verharren.

In der Frage der Forderung treffen sich daher die ausländischen Gläubiger- und die deutschen Schuldnerinteressen, und nur über die Wege der Auflockerung gehen die Meinungen weit auseinander. Zur Einleitung der jetzigen Londoner Vorverhandlungen hat der ausländische Studienauschuss für die deutschen Stillhaltungskredite ein Memorandum verfaßt, das sich besonders eingehend mit dem deutschen Vorschlag zur Konsolidierung der Stillhaltungskredite in eine vom Deutschen Reich garantierte Obligationenleihe befaßt. Dieser Vorschlag hat im Auslande wenig Gegenliebe gefunden, weil eine Stützung dieser deutschen Obligationenkurse im Auslande nur mit Hilfe einer zusätzlichen Garantie der Regierungen der Gläubigerstaaten erlangen ließe. An eine solche zusätzliche Garantie sei aber nicht zu denken. Außerdem haben die amerikanischen Bankengläubiger sich vorläufig schroff gegen jede Konsolidierung der kurzfristigen Schulden in Deutschland ausgesprochen. Da die Amerikaner aber fast die Hälfte der unter das Stillhalteabkommen fallenden ausländischen Kredite vertreten, ist gegen ihren Willen an eine Durchführung dieser Konsolidierungspläne gar nicht zu denken.

Mit größtem Nachdruck vertreten die Gläubiger die Forderung einer Schuldnerauslese, weil sie unter den bisherigen Verhältnissen, wo die Stillhaltung sich mechanisch auf gute und schlechte Schuldner erstreckte, keine oder nur eine geringe Möglichkeit besahen, die Qualität ihrer Schuldner zu beurteilen. Diese Forderung wird besonders im Hinblick auf die Festigung der allgemeinen Kreditlage in Deutschland erhoben. Dieses Ausleseprinzip, das allerdings jetzt noch besonderer Sicherungen bedarf, kann auch infolgedessen im deutschen Interesse liegen, als finanziell erstarbten Schuldner die Tür für neue Auslandskredite wieder geöffnet werden kann. Allerdings gehen die Forderungen der Gläubiger, die in diesem Zusammenhang in dem neuen Stillhalteabkommen die Klausel verankert sehen wollen, daß alle deutschen Schuldner auf Verlangen zur

Vollrückzahlung der Kredite in Mark zu verpflichten sind und die Rückzahlungen innerhalb eines Jahres in vier Raten erfolgen sollen, über die Grenze des Möglichen hinaus.

Ferner sind in der Dentschrift der Auslandsgläubiger noch besondere Wünsche für eine Neuregelung der sogenannten Sperrmark-Transferierungen innerhalb Deutschlands enthalten, wodurch die Anlagemöglichkeit und der Verwendungszweck der von den deutschen Schuldner zurückgezählten Markbeträge beträchtlich erweitert werden soll. Auch ist noch an eine Forderung von Sperrguthaben für die Zwecke des ausländischen Reiseverkehrs in Deutschland gedacht, indem diese Sperrgelder ausländischen Reisenden als freie Markgelder verkauft werden sollen.

Die jetzigen Verhandlungen in London haben den Zweck, die vorläufig noch vorhandenen Gegenstände, die besonders in der Frage der von den Ausländern geforderten kurzen Rückzahlungsfristen bestehen, vor dem Beginn der Hauptkonferenz möglichst auszugleichen.

### Telephongeschäft liegt brach

Die größte Telephonbaufirma der Welt, die Western Electric, verzeichnet für die ersten 9 Monate des Jahres 1932 einen Verlust von nicht weniger als 33 Mill. M. Die Anlagen der Gesellschaft sind jetzt noch nicht zu 20 Proz. der Leistungsfähigkeit beschäftigt. Der niedrige Produktionsumfang ist darauf zurückzuführen, daß die Absatzmöglichkeiten für die beiden Haupterzeugnisse der Gesellschaft, Fernsprengeräte und Tonillmapparaturen, auf ein Mindestmaß zusammengedrumpft sind. Die Zahl der Fernsprechstellen hat im Gegensatz zur bisherigen Entwicklung in der letzten Zeit in den Vereinigten Staaten nicht zu, sondern abgenommen; amerikanische Lichtspieltheater, die in den letzten Jahren einen großen Bedarf an Vorführungsgeräten für Tonfilme entwickelt hatten, sind jetzt fast restlos mit Apparaturen ausgerüstet. Man muß daran erinnern, daß die Western Electric noch vor drei Jahren 85 000 Mann beschäftigt hatte und einen Jahresumsatz von fast 1,7 Milliarden Mark erzielt hätte.

## Wirtschaftswünsche

### Kundgebung der Handelskammer

Der Präsident der Industrie- und Handelskammer Berlin gab aus Anlaß der Regierungsneubildung eine Erklärung ab, in der es heißt, daß die Anzeichen der Beseitigung unserer Wirtschaft Anlaß bieten, trotz eines gewissen Rückschlages im November nicht ohne Optimismus an die Winterarbeit zu gehen. Eine lebensfähige Landwirtschaft sei Voraussetzung für jede gesunde Volkswirtschaft. Trotzdem darf keinesfalls der deutsche Export erschwert werden, wie es bei dem hoffentlich erledigten Plan der Kontingentierung der Fall war. Grund-

lage für jede Besserung sei die Bewahrung einer unerschütterten Währung. Daß die Mark gehalten worden ist, habe das Vertrauen auf eine bessere Zukunft mehr unterstüßt als irgendeine andere Erscheinung. Die angespannte Lage der öffentlichen Finanzen erfordert äußerste Zurückhaltung gegenüber Plänen, die nur mit großem Aufwand ins Werk gesetzt werden können. Bei Einschränkung der öffentlichen Ausgaben und zeitweiliger Umgestaltung der Sozialversicherung erscheine die Zukunft der öffentlichen Finanzen immerhin nicht hoffnungslos. (!) Freilich werde zu einem wirklichen Aufblühen der deutschen Wirtschaft auch eine internationale Verständigung nötig sein.

## Freigabegeld aus USA.

### Entscheidung im Black-Tom-Prozeß

In den Vereinigten Staaten hat jetzt das gemischte deutsch-amerikanische Schiedsgericht in dem sogenannten Black-Tom-Prozeß — der „Schwarze Tom“ spielte in der Unternehmung über deutsche Sabotageakte während des Weltkrieges eine große Rolle — endgültig dahin entschieden, daß Deutschland für die Explosionen der Kingsland-Pulverfabriken nicht verantwortlich gemacht werden könnte.

Mit dieser Entscheidung fällt auch die Auszahlungssperre, die über deutsche Freigabegelder in den USA. verhängt war, fort. Der Freigabefonds ist zur Zeit auf etwa 19,5 Millionen

## Kommunale Kreditnot

Ueber den „Kommunalkredit in der Krise“ sprach im Frankfurter Institut für Wirtschaftswissenschaften Dr. Karding von der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekendarsteller (früher Stadtkammer von Berlin). Die kurzfristige Verschuldung der Gemeinden sei gegenüber der Vorkriegszeit außerordentlich angewachsen; die kurzfristigen Schulden machten heute etwa 20 Proz. (vor dem Kriege nur 1 Proz.) der Gesamtschulden aus. Karding glaubte den Grund dafür in unsolider Finanzwirtschaft, in unzulänglicher kommunaler Gesetzgebung, in einem Verlagen der staatlichen Aufsicht suchen zu müssen.

Es ist immerhin merkwürdig, daß ein früherer Stadtkammerer in dieser Weise den Feinden aller Kommunalwirtschaft und der kommunalen Selbstverwaltung beifpringt. Er weiß sehr genau, daß das vordringliche Anleihebedürfnis des Reichs die Auslegung von Kommunalanleihen fast unmöglich machte. Er weiß ferner, daß Schacht in der letzten Periode seiner Amtszeit den Kommunen die Aufnahme langfristiger Auslandsanleihen unmöglich machte und sie zwang, dafür teure, kurzfristige Inlandskredite aufzunehmen, die ihnen jetzt zum Verhängnis geworden sind. Daß Schacht das aus Feindschaft gegen die kommunale Selbstverwaltung und Parteilichkeit für die Interessen der Privatwirtschaft tat, weiß Karding auch. Daß schließlich die kapitalistische Krise der Hauptgrund aller Kommunal-

not ist — und das ist der Hauptfehler der Stadtverwaltungen, daß sie das Gerede der „Wirtschaftsführer“ von der Gesundheit des kapitalistischen Systems glaubten —, das hat Karding anscheinend der Erwähnung nicht für wert gehalten.

Den Forderungen Karding's nach Sanierung der Kommunalfinanzien muß man beipflichten. Reich und Länder dürften die Gemeinden nicht länger ihrem Schicksal überlassen, denn alle drei, Reich, Länder und Gemeinden, seien nur Teile der einheitlichen Verwaltung. Vorschläge, wie die kommunale Umschuldung durchzuführen sei, hat Karding in seiner Rede nicht gemacht, obwohl die Gemeinden wie die Banken daran in gleicher Weise interessiert sind.

### Kassel muß die Schulen schließen

Aus Kassel kommt eine Meldung, die noch einmal mehr auf die Finanznot der deutschen Gemeinden alarmierend hinweist.

Der Regierungspräsident Dr. Friedensburg hat erklärt, wenn keine Besserung in der Finanzlage der Stadt Kassel eintrete, werde er gezwungen sein, sämtliche Kasserer Schulen (wohl nur die staatlichen? D. Red.) zu schließen. Es ständen keine Mittel zur Heizung der Schulgebäude zur Verfügung. — So weit sind die Gemeinden jetzt — es erübrigt sich jeder Kommentar!

 **Anspruchsvolle** **Goldlink** **18 bis 31 Neu! 20.-** **„Liebling“** **Viele Zahnläus. im Gebrauch 5.-** Friedrichstr. 143, am Stadthl., 163, Ecke Behrenstr., 181, Ecke Mohrenstr., Leiniger Str. 215, Ecke Mühlentw., Taubentanzstr. 4, a. Wittenbergpl., Spittelmarkt 15, Goldlinkbepl. Friedrichstr. 74, Ecke Jägerstr. **Neu! Alexanderplatz**

# SCHICKSAL MASCHINE

36] ROMAN VON STEFAN POLLATSCHEK

(Copyright Saturno-Verlag.)

6.

Ein alter Mann im zerklüfteten Mantel sprang aus dem Autobus und rannte die Stufen des Krankenhauses hinan. Den uniformierten Portier fragte er, ob hier der Geheimrat Crusius liege.

„Zimmer elf im Sanatorium“, antwortete eine geschäftsmäßige Stimme. „Sie hätten durch den Sanatoriumseingang gehen sollen“, wurde ihm noch verweisend nachgerufen. Aber der alte Mann war schon durch die Einfahrt geschritten, ein unendlicher Hof hatte ihn aufgenommen. Zu beiden Seiten standen hohe Gebäude, die Kliniken. Es schien gerade Besuchszeit zu sein. Kranke, mit unförmigen Verbänden, saßen in der trostlosen Spitalstracht auf den Bänken, aßen aus Papieren, sprachen glanzlosen Blickes mit Besuchern, starrten vor sich hin. Achlos und schnell durchschritt der Mann diesen Bereich. Durch ein Gitter abgegrenzt, lag das Sanatorium da. Hier war Stille und Ruhe. In einem Streckfessel, in warme Tücher verpackt, lag eine junge Dame, neben ihr sah eine andere mit übereinander geschlagenen Beinen, beide folgten ihm mit ihren Blicken...

Im Gang vor dem Zimmer des Kranken warteten viele Menschen. Eine junge elegante Dame löste sich aus einer Gruppe und wartete sich dem alten Mann weinend an die Brust: „Gott sei Dank, daß du hier bist, Vater! Crusius hat unzählige Male nach dir gefragt, immer wieder flüstert er deinen Namen.“

„Erna“, stammelte der alte Mann und strich seiner Tochter milde über die Haare.

„Wann hast du denn die Nachricht erhalten, Vater?“

„Durchs Radio, gestern. Ich war in einem kleinen Ort. Ich habe immer gefürchtet, Crusius nicht mehr am Leben zu treffen.“

„Er hat nicht mehr viel Zeit, die Ärzte meinen, daß es nur noch Stunden dauern kann.“

Eine alte, dunkelhaarige, weinende Dame war auf ihn zugetreten: „Wilhelm!“

— Da erkannte er sie, es war Therese: „Ja, ja“, sagte er begütigend, entledigte sich des abgetragenen, zerklüfteten Mantels und öffnete behutsam die Tür.

Das Zimmer war groß und hell. In einem breiten Bett lag ein Körper, über der Stirn war ein Verband, der um das Kinn geschlungen, nur Augen, Nase und Mund freigab. Wer sollte das sein? Crusius?! Nein — ein Rest von Menschlichkeit lag da, nicht Crusius.

Weltlin war nähergetreten, die junge Krankenschwester legte beschwörend einen Finger auf den Mund. Weltlin nickte und reichte ihr die Hand. Lange hielt er die ihre, es war ihm eine Wohlthat, eine lebendige Hand zu halten. Weltlin hatte sich einen Sessel an das Lager gezogen und betrachtete den Liegenden. Nun hätte es nicht mehr lange gedauert, und in einem fernen Erdteil hätten sie diesem Mann gehuldigt, die Welt hätte seinen Worten gelauscht und jetzt lag er da, gefällt, vernichtet. Was hatten die Menschen mit diesem ihrem Bruder getan?

Der Kranke schlug die Augen auf: „Wilhelm!“ fragte er mit ganz leiser, wie von fernher tönender Stimme.

„Ja, ich bin hier“, sagte der und hatte Mühe, die Tränen zurückzuhalten.

„So sehe ich dich also wieder!“

„Ja, ja, Crusius!“

„Man soll nicht abergläubisch sein“, verstand Weltlin und er begütigte: „Nein, nein, gewiß nicht!“

Der Kranke war wieder eingeschlummert. Etwas später kam ein Arzt. Er schritt zum Bett und fühlte den Puls. Dann wechselte er leise einige Worte mit der Schwester und wollte wieder das Zimmer verlassen. „Kann es noch lange dauern?“ fragte Weltlin. Der Arzt nickte die Achseln und war verschwunden.

Dann schlug Crusius zum letztenmal die Augen auf: „Das Schiff“, flüsterte er.

„Ja, ja!“

„Es geht unter.“

„Ja, ja...“

„Wasser kommt! Man soll die Maschinen...“

Dann sprach er nichts mehr. Ein leichter Ruck ging durch den Körper, die Augen blieben offen, fragend stehen. Schatten hielten Crusius für immer gefangen.

## Der Tag bricht an, der Kampf beginnt.

1.

Es schien, als ob das Attentat auf Geheimrat Crusius das Signal zu argen Unruhen bilden sollte. Als bald begann es auch, sich an allen Ecken des Reiches zu regen und die Hauptstadt wurde jeden Tag mehr von Berichten über grausame Verbrechen angefüllt. Es fing harmlos an: Milchläden, Spezereiwarenhandlungen, Weinhallen wurden überfallen, ausgeplündert, dann folgten Raubankfälle im Zentrum der Stadt, man drang mit vorgehaltenen Schusswaffen in elegante Geschäfte ein und raubte Geld und Waren, ehe die Polizei zu Hilfe kommen konnte. Leute mit besseren Kleidern wurden auf belebter Straße attackiert und beraubt. Alle Anstrengungen der Sicherheitsbehörden waren vergeblich. Streifungen, verschärfte Patrouillen, rücksichtsloser Gebrauch der

Waffen, alles verlagte. Immer wilder wurde das Treiben, einzelne ihren Dienst verlassende Schuppleute wurden verprügelt, nicht selten übel zugerichtet, und da ähnliche Verichte aus allen Teilen des Landes kamen, ja auch aus Nachbarreichen einliefen — jenseits der Landesgrenze war es nicht anders — konnte man nur an eine einheitlich und systematisch arbeitende Organisation denken.

Ueber deren Sitz und Leitung war man auf Mutmaßungen angewiesen. Genaueres wußte niemand. Nur eins schien sicher, daß hinter dieser Organisation keine politische Partei zu suchen sei, denn gerade diesen war eine Tätigkeit, die die Massen aus der Ordnung der Partei in das Chaos der Anarchie führte, wenig sympathisch. Ja, die Politiker hätten es nicht ungern gesehen, wäre es den Behörden geglückt, das im Unterirdischen wirkende Kaderwerk zu entdecken. Aber die Ohnmacht dieser Behörden war eine vollkommene, es verging kein Tag, an dem nicht von neuen Uebelthaten zu hören war. Die eingeschüchterte Bevölkerung war jedes wirklichen Schutzes beraubt. So griff man zum letzten Schluß der Weisheit und verhängte den Belagerungszustand. Militär strich durch die Straßen, schoß in die Luft, nicht selten auf unschuldige Menschen, die nicht schnell genug den soldatischen Aufforderungen Folge leisteten. Aber man konnte nicht wehren, daß an den Peripherien der Stadt geschickt und sorgsam angelegte Verbrechen verübt wurden. Der Erfolg bestand in nichts

anderem, als daß Handel und Wandel bald lahmgelegt waren. Da man sich nicht auf die Straße getraute, blieben die Geschäfte leer. Bald fluchte man dem Schuß, und wie man um ihn gebeten hatte, so bat man jetzt, ihn wieder zurückzuziehen. Der Belagerungszustand wurde aufgehoben — der alte Zustand trat in seine Rechte.

Die Erschütterungen, denen die Bevölkerung ausgesetzt war, wurden immer ärger und bedrohlicher. Raub und Plünderung waren an der Tagesordnung, und Verbrecher und Polizei standen im dauernden Kleinrieg. Nicht selten wurde ein Schutzmännchen auf seinem Posten erschossen aufgefunden, und auch die Fälle mehrten sich, daß harmlose Passanten von Polizisten wegen Ähnlichkeit mit gesuchten Verbrechern angehalten und aufs Amt gebracht wurden, wo ihnen gar übel mitgespielt wurde — manchmal kam's auch noch ärger. Zu all dem gefellte sich eine neue Verschärfung. Die am Bestehenden festhaltenden Bürger vertrauten dem Schutz ihrer Ordnungsbehörden nicht mehr und bildeten Selbstschutzbände, die ausgezeichnet bewaffnet waren. Die nächste Folge war, daß nun auch Sozialisten und Kommunisten ihre Anhänger mobilisierten. Kleine Armeen entstanden, in Führer und Geführte eingeteilt. Nicht selten kam es vor, daß Brüder in feindlichen Lagern standen. Man veranstaltete Uebungen, schoß gegeneinander, und daß hierbei Blut floß — daran gewöhnte man sich rasch. (Fortsetzung folgt.)

## Erna Bülting: Der Esel und der Despot

Tief im Morgenlande, wo die Zeit scheinbar stillsteht und die Ereignisse nur langsam tropfen, lebte er, der Despot.

Er regierte ein fleißiges, kluges und geschicktes Volk, das von morgens früh bis abends spät arbeitete und nur zur Mittagszeit pausete, wenn die Sonne gar zu unbarmherzig brannte. Die Arbeit des Volkes brachte Geld und Reichtum ins Land, doch aller Reichtum gehörte ihm, dem Despoten. Das war ein einfacher Tatsachebestand, dessen Begründung durch ein Gesetz selbst der allerweinste Gelehrte nicht finden konnte. Es dachte auch niemand ernstlich darüber nach, wie ungleich die Güter verteilt waren. Hatte die Gewohnheit den Menschen doch schon längst das seine Unterscheidungsvermögen genommen.

Der Name des Despoten war weithin bekannt und das Volk selbst war eingekerkert von dem Glanz dieses Namens. Der Despot erlaubte sich alles. Er beschützte, selbst jenseits seiner Landesgrenzen, alle Mächtigen, damit er sich ihre Freundschaft erzielte und er unterdrückte alle Armen, damit der Tagesstummer sie auffraß und sie nie zum Aufstieg und zur Macht kamen. Es dachte niemand, tut der Despot recht, tut er unrecht, ein jeder nahm seine Tat gleich einem Naturereignis hin.

Da ging der Despot eines Tages durch die engen Gassen des Armenviertels seiner Stadt. Er war unvorsicht ohne Grund, er wollte sich über irgend etwas ärgern, um seinen Jörn verheerend aufzuklämmen zu lassen. Da stieß er auf einen armen Händler, der liebendoll mit seinem dürren Esel sprach. Man konnte ihn allgemein diesen armen Mann, dessen Haus leer geworden war an einem Tage, als eine böse Seuche ihm Weib und Kinder nahm. Da hatte der Mann wohl die Bitterkeit des Todes zu tief empfunden, um sich noch einmal warmherzig einem Menschen anschließen zu können. Er fürchtete wohl zu sehr die Trennung des Menschen vom Menschen und darum zog er sich von allen Freunden zurück und hielt's nur mit einem Tier, mit seinem Esel. Diese beiden wurden Kameraden. Sie waren so aufeinander eingestellt, daß sie ungeachtet das Gefühl hatten, als dankten sie einander für fühlenden Schatten und für jeden Tag, den sie erleben durften.

Der Despot legte auf Würde nur Wert, wenn sie ihm selbst genehm war. Kam schlechte Stimmung über ihn, benahm er sich gewollt ungebildet und roh. Er stieß hart nach dem Esel und höhnte den armen Mann. „Hast du ein mageres, widerliches Tier.“ Der alte Mann, der außer seinem Esel nichts besaß, also so arm war, daß er nichts zu fürchten hatte, sagte: „Besser einen Freund als keinen.“

Da sagte der Despot: „Komm, ich will dir zeigen, daß dein Esel keinen Freund hat.“

Der alte Mann und der Esel trauten ergeben hinter dem Despoten her. Gerne hätten sie ihr bescheidenes, alltägliches Mittagmahl gegessen, das aus Wassermelonen bestand, von denen der Esel die Schale und der alte Mann das Fleisch aß. Doch der Despot kannte weder den Hunger des Menschen noch den der Kreatur.

Zu Hause angelangt, ließ der Despot alle Bedienten zusammensetzen. Dann sagte er: „Ich will diesem Schwächer nur zeigen, daß sein Esel keinen Freund hat.“ Darauf befahl er, seinen zum Luxus gehaltenen Raubtieren den Esel vorzuführen. Der Esel witterte den Tod, sein Fell wurde nach von Schweiß, seine Glieder waren starr vor Schreck und der Blick seiner aufgerissenen Augen ließ die umstehenden Menschen erschauern.

Er schrie kaum, als ein Raubtiergebiss ihm die Knochen zerbrach.

Häßlich lachte der Despot und fragte höhnisch den alten Mann: „Na, hatte dein Esel einen Freund?“

Der alte Mann blieb stumm, und dieser Nummer rührte das Herz der Bedienten. Als die Dämmerung kam, sahen der alte Mann und alle Bedienten um einen Springbrunnen und in seiner labenden Kühlung sprach der alte Mann von dem Unrecht, das der Despot seinem Esel getan hatte, und von dem Unrecht, das er ungestraft allen Menschen tun durfte, weil die Menschen feige seien und außerdem das Nachdenken verlernt hätten. Der alte Mann sprach sehr ruhig, und es war sonderbar, jetzt erst lernten alle Bedienten den Despoten kennen.

Der alte Mann aber ging tief in der Nacht mit einem Dolch in das Schlafzimmer des Despoten. Die Spitze des Dolches steckte er ihm an die Kehle und sagte dem erschreckt Erwachenden: „Ich will dir zeigen, daß du keinen Freund hast.“

Der Despot wollte schreien, jedoch reichte es nur zu einem Röcheln. Er sah den Schatten des Türhüters. Der stand da draußen einer Statue gleich. „Sie haben den alten Mann hier in mein Schlafzimmer gelassen, sie sind mir alle untreu, sie weiden sich an meinen Todesqualen“, dieser Gedankenstrom füllte das Hirn des Despoten. Schweiß

## Grigory Oscheroff: Die Sünde

Der Chamisja legt mit Blutwellen über den erblakten Himmel, durch die Palmen, Bappeln und Zitronenhaine. Kristallen-sirrend, geheimnisvoll-monoton singt der gelbe Dünenjand den ewigen Psalm der Sonnengottheit. Alles eriauscht, in heiße Efflate verfunken, den geheißenen, geheimen Sinn des Seins.

Vor Hitze zusammenlockend, in Pulver abbröckelnd, rutscht ein arabisches Lehndorf einen



hahlen rostigen Hügel herunter bis zu den lappigen Kalken am Wege, die in Verzückung mit ihren eigenen Köpfen jonglieren

Mitten auf dem Wege vor einem Kramladen steht ein Kamel. Von seinem Buckel über die braunen Flanken und die Frochschindel scheint Sand herunterzuriefeln. Mit den aufgestellten Ohren vernimmt es das ihm längst bekannte

heilige Surren. Wissend, ernst, gucken seine Augen vorbei, während die krummen Zähne die durch den geschwungenen Hals aufsteigende stachelige Nahrung noch einmal zermalmen. Selber flebriger Speichel tropft zäh, in Klumpen in den warmen grauen Staub.

Durch den Druck meines Ruders erwache ich aus seltsamen Gedanken, nehme mechanisch ein Brot heraus und halte es dem Kamel hin. Ein Zittern durchläuft den sandigen, bizarren Körper. Ein gurgelndes Röcheln rollt den Giraffenhals entlang. Mit seinen krummen Schaufelzähnen, die borstigen Lippen weit aufgeklappt, reißt es mir böse das Brot aus der Hand. Ich springe erschrocken zurück. Das Kamel laut mit tränenden Augen das Brot. Die Höhlen über seinen Augen füllen sich mit Wasser, und seine Flanken werden feucht.

Plötzlich springt ein zerlumpter Kraber aus dem Kramladen hervor, blekt seine weißen Zähne mir entgegen, und mit blutunterlaufenen Augen schreit, schimpft er, mich ernst bedrohend, „Chamadja, es ist eine Sünde, einem Gamil Brot zu geben“, und gurgelt Unverständliches. Er stürzt zum Kamel und beginnt ihm das Brot aus den Zähnen zu zerren. Das Kamel brummt, röhelt, wütend den Kopf in die Höhe werfend. Der andere wird rasend und beginnt mit den Frühen das Kamel in den Unterleib zu treten. Hoch plumpfen die Stöße, und endlich gelingt es dem Kraber, dem Tier das Brot zu entreißen. Er legt sich befriedigt an die Erde und beginnt das erbeutete Brot selber zu verspeisen, fortwährend vorwurfsvolle Blicke gegen den Kopf des Budligen abruend.

Das Kamel steht wieder im Lauschen verfunken, wiederkäuend, mit teilnahmslosen Augen in die Weite blickend.

# Ballspiel mit den Arbeitslosen

## Die hilfsbedürftige Notverordnung

Die Regierung Papen hat zum Nachteil der Arbeiterklasse auf den verschiedensten Gebieten durch Notverordnungen „gesetzgebend“ gewirkt. Die Papenschen Gesetze auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung tragen deutlich den Stempel der Improvisation.

Versicherung bedeutet, daß für eine bestimmte Leistung eine Gegenleistung hervorgerufen wird, soweit die sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Diese gesetzlichen Voraussetzungen müssen jedoch in das System der Versicherung an und für sich passen. Müssen dem Wesen der Versicherung entsprechen. Was aber hat die Regierung Papen gemacht? Der Artikel 3 der Verordnung vom 16. Juni 1932 lautet: „Wer für 36 Tage versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung bezogen hat, erhält weitere Unterstützung nur, soweit er hilfsbedürftig ist.“ Nun wird aber nicht gesagt, was das Wesen der Hilfsbedürftigkeit ist, sondern man schließt einfach einen neuen Faktor ein und sagt, daß für die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit die Vorschriften der Krisenfürsorge gelten. Darin heißt es nun unter Titel IV „Durchführung“, daß die Hilfsbedürftigkeit in allen Fällen von der Gemeinde oder dem Gemeindeverband geprüft wird.

Diese Prüfung enthält ein Doppelpiel. Es wird festgestellt, ob Hilfsbedürftigkeit vorliegt, und als Folgerung daraus, wie hoch der Bedarf ist, der zur Überwindung der Hilfs-

bedürftigkeit aufgewendet werden muß. Um diese Feststellungen treffen zu können, sind bestimmte Grundzüge aufgestellt. In der Praxis werden Begriffe verwendet, die in gewissem Sinne einer Grundlage in unserer Rechtsordnung entbehren. Es tauchen Begriffe wie „Familiennotgemeinschaft“ oder „ähnliche Verhältnisse“ auf. Da kann es dann vorkommen, daß der Riese den Antel, die Stiefmutter den Stiefpoter ernähren muß. Unverständlich bleibt, daß solche Grundzüge als Voraussetzung einer versicherungsgemäßen Leistung anzusehen sind, wenn dabei berücksichtigt wird, daß für eine solche Leistung Zwangsbeiträge erhoben werden.

Es ist oben schon gesagt worden, daß die Hilfsbedürftigkeit geprüft wird durch die Gemeinde oder den zuständigen Gemeindeverband. Diese oder dieser erteilt nun sein Gutachten. Dieses Gutachten dient nun wieder als Grundlage der Entscheidung des Vorsitzenden eines Arbeitsamtes. Er ist an das Gutachten gebunden. Nun kommt ein verfahrensrechtliches Kuriosum. Gegen das Gutachten der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes hat der Arbeitslose das Rechtsmittel des Einspruchs. Dieses muß nach der Verordnung des preussischen Handelsministers vom 5. September 1932 beim Arbeitsamt eingeleitet werden. Das Arbeitsamt muß den Einspruch jedoch an die zuständige Gemeinde oder den Gemeindeverband abgeben.

Hier wird der Einspruch dann unter Ausschluß der Öffentlichkeit unter Nichterhaltung eines Parteibetriebes von den in der Fürsorgepflichtverordnung oder deren Ausführungsbestimmungen geschaffenen Instanzen verhandelt.

Und nun ein zweites Kuriosum: Gegen alle Entscheidungen des Vorsitzenden eines Arbeitsamtes ist ein Einspruch möglich. Die Entscheidung über die Gewährung der Unterstützung hat aber nach wie vor der Vorsitzende eines Arbeitsamtes. Er ist gebunden an das Gutachten der Gemeinde, soweit die Hilfsbedürftigkeit zu prüfen war. Da nun gemäß § 178 ABVG jede Entscheidung des Vorsitzenden einspruchsfähig ist, so muß angenommen werden, daß der Arbeitslose abermals das Recht des Einspruchs hat. Nur ist dieser Einspruch aussichtslos, weil der Spruchauspruch wiederum gebunden ist an die gemeindliche Instanz. Es ist ein fast unübersehbares Hin und Her. Zwei völlig auf verschiedener Grundlage beruhende Selbstverwaltungsgesellschaften werten einander die Bälle zu.

Es gilt jetzt, die versicherungsrechtlichen Grundlagen der Reichsanstalt wiederherzustellen, damit sie selber aus ihrer so hilfsbedürftigen Lage herauskommt und heute gegen Hilfsbedürftigkeit versicherten Arbeitnehmer wieder ihren Anspruch bei einer von ihrem Vertrauen getragenen Selbstverwaltungsgesellschaft geltend machen können.

meis für die Angaben der Kläger, der aber nicht erbracht werden konnte.

Das ist begreiflich, denn es wird wohl oft in gemessen sein wie ein Kläger sagte, er könne doch die, die ihm drohten, sie würden ihm die Angaben entzweieln, wenn er sich zur Arbeit melde, nicht als Zeugen angeben. Andere Zeugen habe er aber nicht.

Wieweit Arbeitsbereite durch Terror an der Arbeitsaufnahme behindert worden sein könnten, wurde durch die Vernehmung eines Polizeihauptmanns, der einem Revier in Bzig vorsteht, festgestellt. Ein Kläger, der auf dem Straßendammhof Bzig beschäftigt war und in der Nähe des Bahnhofes wohnte, behauptete, es sei ihm unmöglich gewesen, den Bahnhof zu erreichen, weil dieser von einer Menschenmenge umlagert gewesen sei, die niemand zur Arbeit durchgelassen habe.

Der Polizeihauptmann, nach den Zuständen auf der Straße befragt, gab an, in einem Umkreise von 300 bis 400 Meter sei der Bahnhof von Gruppen von Menschen umgeben gewesen. Er habe die Straßen räumen lassen und seine Beamten angewiesen, Arbeitsbereite zu schützen und nötigenfalls zum Bahnhof zu begleiten, wenn sie darum nachsuchten. Ansehen könne man jemanden doch nicht, ob er arbeitsbereit ist.

Die Frage des Vorsitzenden, ob jemand, der den ersten Willen hatte, die Arbeit aufzunehmen, den Bahnhof ohne Gefahr hätte erreichen können, beantwortete der Polizeihauptmann dahin: An sich sei das wohl möglich gewesen, aber ob ein ernstlich Arbeitsbereiter in jedem Falle einen Beamten zu seinem Schutz hätte erreichen können, sei doch fraglich.

Trotz dieser Aussage hielt es das Gericht für möglich, daß der Kläger von seiner Wohnung aus hätte sehen können, wann er den Bahnhof ohne Gefahr hätte erreichen können. Da er das nicht versucht habe, wurde er abgewiesen.

Das gleiche Schicksal hatten alle übrigen Kläger, die sich nicht zur Arbeit gemeldet hatten und nicht beweisen konnten, daß ihre Behauptung, sie seien an der Arbeitsaufnahme gehindert worden, zutrifft.

## Lohndruck der Forstverwaltung

Die Lohnverhandlungen für die preussischen Staatsforstarbeiter am 1. und 2. Dezember wurden auf den 9. Dezember vertagt. Eine Verständigung über die Löhne war nicht möglich. Die Staatsforstverwaltung hat ihre Forderung von 12 Pf. Lohnsteigerung pro Stunde stellen lassen, fordert aber jetzt noch eine Kürzung von 6 Pf. pro Stunde. Dann würden die Spitzenlöhne in den vier Lohngruppen für vollqualifizierte Arbeiter über 21 Jahre 43 bis 49 Pf. betragen. In diesem Stundenlohn ist alles einbegriffen, was früher an Wertzeugentgelt, Wegevergütung und Sozialzulagen gezahlt wurde.

Die Vertreter der Staatsforstverwaltung fordern außerdem, daß die Hausmeisterzulage nicht mehr nach Prozentsätzen, sondern nach Stundenlöhnen bemessen wird. Auch die Lohnzahlung für Feiertage in der Woche soll beseitigt werden, ebenso die Bestimmungen über Lohnvergütung bei schlechtem Wetter.

Die Arbeitnehmervertreter haben diese Verschlechterungen abgelehnt, zumal sie einen Eingriff in den Tarifvertrag bedeuten, der nicht gekündigt ist.

Die reaktionäre Einstellung der preussischen Staatsforstverwaltung offenbart mit aller Deutlichkeit den Wandel der politischen Verhältnisse, der in Preußen vor sich gegangen ist. Die Arbeiter müssen aus der sehnlichen Einstellung der Staatsforstverwaltung ihre Schlüsse ziehen. Das bedeutet in allererster Linie Stärkung des Deutschen Landarbeitersverbandes.

## Die Betriebskrankenkasse im „Wohlfahrtsstaat“

Ein Arbeiter schreibt uns: Seit über 20 Jahren bin ich in einem Betrieb beschäftigt, der eine eigene Betriebskrankenkasse hat. In dieser Zeit habe ich immer die höchste Beitragsklasse bezahlt. Da jetzt infolge der Krise einige Wochen lang gearbeitet wurde, ist auch mein Krankentagebeitrag geringer geworden. Durch einen Berufsunfall bin ich aufs Krankenlager geworfen und bekomme nun laut Notverordnung die niedrigste Unterstützung. Eine derartige Auslegung des Versicherungsvertrags verstößt direkt gegen die guten Sitten. Man müßte doch zumal bei Unfällen den Jahresdurchschnitt der Beitragsleistung zugrunde legen und nicht den letzten Wochenbeitrag.

Ich war vom dritten Mobilmachungstage an im Felde, bin verwundet worden und habe mein Gehalt fast eingebüßt. Ich habe noch keinen Pfennig aus öffentlichen Mitteln bekommen, da ich bis jetzt meine Familie mit meiner Habe Arbeit ernähren konnte. Nun aber, wo ich aus meinem Beruf gerissen bin, kommt der Dank des Vaterlandes durch die Notverordnung, die der Krankenkasse verbietet, meiner Familie mehr auszusahlen als wöchentlich 10,50 Mark Krankengeld. Nach Abzug meiner Wohnungsmiete von 30 M bleiben für den gesamten Lebensunterhalt für meine Frau, für mich und mein Kind von 13 Jahren wöchentlich eine Mark.

Jetzt muß ich als Krankenversicherter bei der Wohlfahrt teilhaben.

# Die „siegreiche“ RSD.

## Oder Dichtung und Wahrheit

Die kommunistische Presse muß, um ihre gewerkschaftliche Ohnmacht zu vertuschen, „siegreiche“ Kampfe“ fabrizieren, damit die so oft enttäuschten Gläubigen bei der Stange bleiben. Dieser Schwindel wurde in den letzten Wochen, als sich die Gewerkschaften in zahlreichen Fällen gegen die Lohnkürzung wandten, besonders eifrig geübt. So stellte die Berliner „Rote Fahne“ (Nr. 20) unter der Balkenüberschrift „Streik gegen Streikbrecher — Die Reformisten „führen“ zur Wiederlage, die RSD führt zum Siege“ mehrere Fälle von „Verrat der Reformisten“ den „Streikfliegern“ der RSD gegenüber. Wir haben uns die Mühe genommen, diese Fälle nachzuprüfen. Hier das Ergebnis:

Die Berliner „Rote Fahne“ berichtet über einen Streik in der Eisengießerei „Schwarz“ Dörfel: „Durch die Streikmobilisierung der RSD tritt die Belegschaft geschlossen in den Kampf gegen Lohnabbau. Die Reformisten reißen die Führung an sich und würgen den Streik ab. Das Resultat Lohnabbau. Die RSD mobilisiert erneut den Kampf und übernimmt die Führung. Die Belegschaft streikt und siegt. Der Lohnabbau ist abgewehrt.“

### Tatbestand:

Die RSD versuchte, einen Streik zu entfachen, indem sie mit „schlagenden“ Argumenten einem Teil der Arbeiter das Betreten der Fabrik unmöglich machte. Für den Betrieb bestand ein Tarifvertrag. Die Bewegung lag von Anfang an in den Händen der beteiligten Gewerkschaften. Die Verhandlungen der Organisationsvertreter ergaben zwar keine Annullierung, aber eine Milderung des Lohnabzuges. Die Belegschaftsversammlung entschied sich — aufgestoßt durch einige RSD-Drahtzieher — für Weiterstreik. Am anderen Morgen standen jedoch die RSD-Macher, die in der Versammlung am lautesten schrien, als erste an ihren Formmaschinen; und

diese RSD-Leute sind es auch, die trotz der herrschenden Arbeitslosigkeit jeden Tag eine Ueberkante schliefen.

DWB- und Gewerkschafts-Kollegen drängten, weil bereits diese arbeiteten, erneut auf Verhandlungen. Die daraufhin folgende Aussprache mit der Firma führte — dank dem tatkräftigen Eingreifen des Betriebsrates (Mitglieder der Gewerkschaften) zur Zurückziehung des Lohnabzuges.

Zweiter Fall: Eine Streikaktion bei der Wilhelmshütte in Bornum a. Harz: „Die Direktion kündigt auf Grund der Notverordnung einen Lohnabbau an. Die RSD mobilisiert die Belegschaft, die Kollegen beschließen den Streik. Der Vertreter des DWB erklärt den Streik als müßig. Der Streik beginnt, die Reformisten versuchen, den Streik abzuwürgen. Die Belegschaft hält geschlossen durch, der Streik wird siegreich beendet.“

Tatbestand: Die Wilhelmshütte in Bornum wollte auf Grund der Notverordnung Lohnabzüge durchführen. Der DWB in Hildesheim wies die Kollegen an, keinesfalls auf einen Lohnabzug einzugehen und umgehend eine Betriebsversammlung einzuberufen. Die Betriebsversammlung entschied für den Streik. Der Firma wurde vom DWB mitgeteilt, daß der Verband sich voll und ganz der Abwehraktion anschließt. Nach mündlicher Aussprache mit dem DWB, setzte sich die Firma mit dem Arbeit-

geberverband in Verbindung, der der Firma die Anweisung gab, bis zur Klärung der Rechtslage den Anschlag zurückzuziehen, wodurch die Streikaktion als erledigt betrachtet werden konnte.

Dritter Fall: „Unter Führung der RSD wurden im Hohenwerf der Dortmunder Union außer der restlichen Lohnzahlung vom 10. Oktober durch Arbeitsüberlegung 6 Proz. Lohnsteigerung erkämpft. Im Holzwerk IV der Dortmunder Union wurde unter Führung der RSD die Zurücknahme der Prämienförmung (60 auf 40 Proz.) erreicht. Außerdem die Gehaltssteigerung um 25 Tonne pro Kopf und Tag erkämpft, was eine Lohnsteigerung von 50 Proz. ausmacht. Im Hoeh-Werk Dortmund wurde der Lohnabbau unter Führung der RSD zurückgeschlagen. Der alte Lohn wird weiter bezahlt trotz Neuinstellung.“

Bezeichnenderweise wird in der Siegesmeldung über die Streikaktion im Hohenwerf der Dortmunder Union in der Nr. 201 der „Roten Fahne“ nicht mehr von 26 Proz. Lohnsteigerung geredet.

Tatbestand: Auf dem Hohenwerf der Dortmunder Union wurde weder gestreikt noch eine Lohnsteigerung erreicht. Im Holzwerk IV des gleichen Werkes wurde von der Leitung versucht, eine Kürzung der Prämien von 60 auf 40 Proz. zu erreichen. Durch das Eingreifen der Betriebsräte ist jedoch

die Kürzung verhindert worden.

Erst am 11. November hat die Direktion bekanntgegeben, daß sie auf Grund der Notverordnung den Lohnabbau durchzuführen gedenke. In zwei Versammlungen nahm dazu die Belegschaft der Dortmunder Union Stellung. Aus dem Verhandlungsbericht des Betriebsratsvorsitzenden ging hervor, daß die Betriebsleitung unter allen Umständen an dem Lohnabzug von 10 Proz. für die 31. bis 40. Stunde festhalten und nur einige Härten abstellen wolle. So soll vor allem im Thomawerk, das jetzt in vier Schichten arbeitet, schon in den nächsten Wochen wieder die Dreimal-Arbeitsdienstschicht eingeführt werden. In der Aussprache forderten einige RSD-Leute zum Kampf unter der Führung der RSD auf, doch herrschte recht betretenes Schweigen, als diese Strategen erfuhren, daß im Arbeitererrat nicht die Gewerkschaften, sondern

die RSD-Leute in der Mehrheit sind, diese aber gar nicht daran dachten, offen den Streik zu fordern.

\*

Vierter Fall: Bei v. D. Beke (Hoeh-Konzern) sollen die Gewerkschaften den „Streik abgewürgt“ haben. Von der ganzen Belegschaft war nur einer freigewerkschaftlich organisiert, sechs waren bei den Christen, die übrigen bei der RSD, so daß die volle Verantwortung für diesen verlorenen Arbeitskampf der RSD zufällt. In der Union-Versammlung hatten die RSD-Leute auch behauptet, der Betriebsratsvorsitzende bei Hoeh habe den Streikwillen durch die Behauptung unterbunden, daß für Hoeh kein Lohnabzug in Frage komme. Der Betriebsratsvorsitzende hatte jedoch ganz eingehend vom Lohnabzug Kenntnis gegeben. Bei der Abstimmung der Hoeh-Belegschaft hatte

aber nur ein Duzend der vorher so lauten radikalen RSD-Schreier den Mut gehabt, für den Streik zu stimmen.

In den beiden Union-Versammlungen wurde festgestellt, daß die Schwäche der Belegschaft nur in der mangelhaften gewerkschaftlichen Organisation zu suchen ist. Es wäre ein Leichtes gewesen, die Versammlung durch große Redensarten nach dem Muster der schlechten Strategen von der RSD zu einer Abstimmung über einen Streik zu bringen, doch war das traurige Schauspiel noch nicht vergessen, wie im Juli 1931 gerade die „radikalen“ Schreier mit Jubel für einen Streik gestimmt hatten, um am anderen Morgen still und leise zur Arbeit anzutreten.

## Revision notwendig DGB. zu den Notverordnungen

Der Vorstand des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes, nach in einer Vorstandssitzung eine Grundsatzentscheidung an, in der es zunächst heißt: „Als vorrangige Maßnahme der neuen Reichsregierung fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund die Revision der sozialpolitischen Bestimmungen aller nach in Geltung befindlichen Notverordnungen mit dem Ziel der Beseitigung unerträglicher Härten. Mit besonderem Nachdruck verlangen wir die Aufhebung der in der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 4. September 1932 der Reichsregierung übertragenen Blankovollmacht für die Wendung der sozialpolitischen Gesetzgebung, sowie die Aufhebung der am 5. September 1932 unter dem Titel „Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit“ erlassenen Lohnsenkungsverordnung.“

In der Entschließung wird dann verlangt Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Wirtschaft, Steigerung der inneren Kaufkraft an Stelle der Kontingenzpolitik, Fortführung der Siedlungspolitik, Wiederherstellung des Versicherungscharakters in der Arbeitslosenversicherung: „Gelingt die Wiederherstellung einer wirklichen Arbeitslosenversicherung nicht“, heißt es dann weiter, „so verlangen wir die Aufhebung des Beitragszwangs.“ Schließlich wird eine Reform der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe, eine gleichmäßige Belastung aller Einkommensarten an Stelle der jetzigen ungerechten Klassensteuer verlangt.

## Streik um Lohnzahlung

Fränkischen, 6. Dezember.

In den Kohlengruben der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft in der Umgebung von Fränkischen sind gestern 2000 bis 2500 Bergleute in den Zustand getreten, weil sie am vorigen Freitag nur 30 Proz. ihrer Löhne erhalten hatten; ihre Löhne waren ohnehin in den letzten Monaten stark gesunken. Zur Beilegung des Ausstandes wurden Schlichtungsverhandlungen eingeleitet.

## BVG.-Streik-Nachspiel beim Arbeitsgericht

Im Abendblatt berichteten wir über den ersten Streikfall, der zur Verurteilung der BVG geführt hat.

In den folgenden Fällen, die alle mit Abweisung der Kläger endeten, handelte es sich um Streikende, die angaben, sie hätten die Arbeit aufnehmen wollen, seien aber daran gehindert worden. In allen diesen Fällen forderte das Gericht den Nach-